

**Niederschrift über die Sitzung des
Kreistags am 19. November 2012**
in der Gemeindehalle in Waiblingen-Neustadt

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

76 Kreisrätinnen und Kreisräte: Geiger (ab 14:45 Uhr), Häuser (bis 16:40 Uhr),
Heß-Naundorf (bis 16:30 Uhr) Kelemen (bis
15:55 Uhr), Lenk (bis 16:30 Uhr), Röger (bis
16:50 Uhr) Wersch (bis 16:35 Uhr)

Entschuldigt: Gruber, Ostfalk, Schäf

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Dezernent Bauer
Kreiskämmerer Geißler
Oberregierungsrat Dr. Sigel
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin

Leitende Beamte und Beschäftigte des Landkreises

Gäste

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:15 Uhr

§ 1

Haushaltsreden und Haushaltsanträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2013

Drucksache 2012-79-KT22.10.2012-79a-KT22.10. und Drucksachen 2012-80-KT22.10.2012-82-KT22.10.

Kreisrat Hinderer führt für die Fraktion der **Freien Wähler** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
sehr geehrte Gäste,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor uns liegt mit einer Summe von 395 Mio. Euro ein Rekordhaushalt, der geprägt ist von einer ganzen Reihe von positiven Überraschungen in Form von finanziellen Zuwendungen, einem erhöhten Steueraufkommen, Einsparungen aus dem Haushalt 2011 und anderen Posten, von dem bei der schwierigen Verabschiedung der Haushalte der vergangenen Jahre niemand zu träumen wagte. Herr Landrat Fuchs hat bei der Einbringung des Haushalts in der diesjährigen Oktobersitzung des Kreistags zu Recht darauf hingewiesen, dass der 2013-er Haushalt, nach einigen wackeligen Haushalten in den vergangenen Jahren, wiederum auf einem stabileren finanziellen Grund steht. Über die Hauptgründe ist schon genug ausgeführt worden bzw. wird noch gesprochen werden. Einen wesentlichen Punkt bildet sicherlich der Umstand, dass das Rechnungsergebnis aus dem Jahr 2011 eine Verbesserung von circa 13 Mio. Euro aufweist. Und das ist für mich Anlass, auf die Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre zurückzukommen. Die letzten Haushalte waren von der Entscheidung über die Höhe der Kreisumlage geprägt. Einige Fraktionen forderten eine Erhöhung der Kreisumlage zum Schuldenabbau. Andere wollten der von der Verwaltung vorgeschlagenen Kreisumlage uneingeschränkt die Zustimmung erteilen. Wir, die Freien Wähler haben in unseren Stellungnahmen insbesondere zu den Haushalten 2010 - 2012 jeweils deutliche Reduzierungen der Kreisumlage gefordert. Wir haben dafür Spott und Häme geerntet und auch die Presse hat uns nicht wenig dafür gescholten.

Gescholten dafür, dass die sogenannte Bürgermeisterfraktion, obwohl die Mehrheit der Fraktionsmitglieder keine Bürgermeister sind, nur an die städtischen und gemeindlichen Haushalte denkt und

die Kreisverbindlichkeiten gänzlich vernachlässigt. Im Nachhinein betrachtet sind wir damals mit unseren Forderungen richtig gelegen, weil ein großer Teil der Kreishaushalte schließlich von den Gemeinden über die Kreisumlage finanziert wurde und diese Vorfinanzierung nie zurückgeflossen ist. Aufgrund des hohen Überschusses aus 2011, ist es jedoch nicht mehr wie recht und billig, dass die Gemeinden nun, nach Vorliegen des Rechnungsergebnisses aus 2011, ihren 'zu viel' bezahlten Anteil zumindest in Teilen zurückfordern. Einem Außenstehenden könnte sich bei der Betrachtung der Situation der Verdacht aufdrängen, dass man jeweils bewusst den Haushalt sehr großzügig berechnet hat, damit am Ende mehr oder weniger viel übrig bleibt und die Städte und Gemeinden im Kreis schon keinen Anspruch erheben werden. Doch dies möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat, und Ihren Mitarbeitern nicht unterstellen.

Die Kommunen wehren sich nach Ansicht der Fraktion der Freien Wähler jedoch zu Recht. Die Vertreter der Großen Kreisstädte und Kommunen haben mit Schreiben vom 24. und 25. Oktober 2012 Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat, mitgeteilt, dass in zwei Positionspapieren der Kreisverwaltung von Mitte und Ende September 2012 die Aussage zu finden ist, dass mit einer leichten Verbesserung der Haushaltslage zu rechnen sei. Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings die Zahlen der Schlüsselzuweisungen durch das Land noch nicht bekannt und auch weitere Entlastungen, die uns über den Bund zufließen, nicht erkennbar.

Die Summe der Schlüsselzuweisungen betrug, wie dann Ende September bekannt wurde, 6 Mio. Euro mehr gegenüber dem Vorjahr. Hinzu kam noch die Entlastung beim Nettoaufwand ÖPNV mit 0,5 Mio. Euro, so dass allein zwischen diesem kurzen Zeitraum die Einnahmen des Kreises zwar um 6,5 Mio. gestiegen waren, die von der Landkreisverwaltung anvisierte Kreisumlage jedoch konstant blieb. Diese 6,5 Mio. Euro entsprechen einer Senkung der Kreisumlage um 1,5 Prozentpunkte und daraus ergibt sich die Zahl, die die Freien Wähler als Kreisumlage fordern, nämlich 37,5 Prozent.

Überhaupt noch keine Berücksichtigung fand das verbesserte Jahresergebnis aus 2011 um etwa 13 Mio. Euro.

Landrat Fuchs verwies daraufhin in seinem offenen Brief, dass die Kommunen auch aus den gestiegenen Finanzausgleichsleistungen partizipieren.

Doch wie sieht die Realität aus?

Zugegeben, es gibt in unserem Kreis Kommunen, die schuldenfrei sind. Es gibt aber auch leider nicht wenige Kommunen in unserem Landkreis, die nicht im Geld schwimmen und jeden Cent vor der Ausgabe mehrmals umdrehen müssen. Eine jüngst veröffentlichte Studie des renommierten Büros Ernst & Young kommt zum Ergebnis, dass die Städte und Gemeinden in Deutschland immer tiefer in die Schuldenfalle geraten. Ich zitiere aus diesem Gutachten:

Fast jede zweite Kommune rechnet für die kommenden Jahre mit steigenden Schulden – nur 38 Prozent erwarten eine sinkende Verschuldung. Dass sie überhaupt aus eigener Kraft ihre Schulden werden tilgen können, erwarten nur noch zwei von drei Kommunen. Und viele unserer Kommunen im Rems-Murr-Kreis, insbesondere im Norden und Nordosten des Kreisgebietes, gehören zu den finanzschwächeren Kommunen, die durch jedes Zehntel-Prozent, um die die Kreisumlage steigt, mehr Schulden aufnehmen müssen.

Bei der Gemeinde Plüderhausen, die in der letzten Woche ihren Haushalt eingebracht hat, steigen die Schulden von 2013 mit circa 7 Mio. Euro auf prognostizierte etwa 9,5 Mio. Euro im Jahr 2016.

Die Gemeinden müssen den Rotstift ansetzen und Abgaben erhöhen. Für mich liegt darin auch ein gefährlicher sozialer Zündstoff, der uns da ins Haus steht, wenn beispielsweise in Kaisersbach, Murrhardt oder Spiegelberg die Grundsteuer angehoben werden muss, damit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren umgesetzt werden kann. Oder wenn das Sterben in den ärmeren Gemeinden teurer wird. Oder soll gar die Straßenbeleuchtung in Welzheim und Alfdorf ausgeschaltet und der Rotstift bei der Jugend- und Seniorenbetreuung auf dem Welzheimer Wald und im hinteren Murratal angesetzt werden. Freibäder kann man in manchen Gemeinden nicht schließen, weil keine vorhanden sind.

Was noch alles auf die Kommunen in den kommenden Jahren zukommen kann, steht noch völlig in den Sternen. Allein die notwendigen Finanzmittel für die Kinderbetreuung, die ab 1.8.2013 gesetzlich vorgeschrieben ist, werden alle Kommunen stark finanziell belasten. Eine jüngst erschienene Studie des Statistischen Bundesamtes spricht bundesweit von 220.000 fehlenden Plätzen (Stand März 2012) für die Kinderbetreuung. Hinzu kommen noch nicht abschätzbare Kosten, die aus der Schulreform der neuen Landesregierung resultieren. Die Grün-Rote Landesregierung hat nach wie vor noch kein Konzept wie die Schulreform ausgestaltet werden soll, geschweige denn, welche Mittel notwendig sind, die zur Umsetzung dieser Schulform erforderlich werden. Und tragen müssen es die Schulträger, hauptsächlich die Städte und Gemeinden im Land.

Insbesondere kleine Gemeinden, auch in unserem Landkreis, werden erhebliche Probleme haben, diese enormen Lasten zu schultern.

Die Umsetzung der Kleinkinderbetreuung und auch die Veränderungen im schulischen Bereich sind oder werden im Laufe des Jahres Pflichtaufgaben.

Küraufgaben wie eine angemessene und notwendige Gebäudesanierung, wie es in den Gebäuden des Landratsamtes jetzt schon im Rahmen des Möglichen, aber festgeschrieben üblich ist, können in den meisten Gemeinden und Städten des Landkreises überhaupt nicht oder nur sehr eingeschränkt durchgeführt werden.

Darüber hinaus werden die Kommunen durch das jüngst vom Bundestag verabschiedete Betreuungsgesetz personell noch nicht abschätzbar belastet. Und da wären wir bei den Personalkosten. Sie, sehr geehrter Herr Landrat kennen sicherlich die Zahlen des statistischen Landesamtes zu den Personalkosten im Ländle. Ich möchte diese Zahlen, sofern sie den Kolleginnen und Kollegen des Gremiums nicht bekannt sind, gerne nochmals erwähnen. Während bei den Gemeinden im Rems-Murr-Kreis die Personalkosten von 1996 bis 2011 um 37 Prozent (von knapp 150 Mio. Euro auf circa 200 Mio.) stiegen, war beim Landkreis eine Steigerung um 123 Prozent zu verzeichnen (von 25 Mio. auf knapp 57 Mio.).

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Steigerung vielfach im Zusammenhang mit den Verwaltungsreformen in den vergangenen Jahren steht und deshalb ein direkter Vergleich nur bedingt zulässig ist. Vergleicht man aber die Steigerungsraten des Rems-Murr-Kreises mit denen der Landkreise Ludwigsburg und Esslingen, so liegt der Rems-Murr Kreis mit seinen 123 Prozent immer noch sehr weit von den genannten Nachbarkreisen, die eine Steigerungsraste von 102 bzw. 100 Prozent aufweisen, entfernt.

Noch eine Zahl in diesem Zusammenhang. Während der Landkreis Esslingen im Jahr 2011 Personalausgaben pro Einwohner von 123,72 Euro hatte und der Landkreis Ludwigsburg gar nur 117,28 Euro pro Einwohner für Personalausgaben aufbringen musste, belief sich diese Zahl auf 136,28 Euro im Rems-Murr-Kreis.

Die Freien Wähler sind der Meinung, dass hier was getan werden muss.

Lassen Sie mich deshalb kurz auf den Themenbereich 'Geschäftsprozessoptimierung' eingehen. Es war äußerst beeindruckend, wie Kommunen wie Esslingen und Dortmund und andere Einrichtungen, wie etwa das Bistum Trier daran gegangen sind, ihre Arbeitsabläufe innerhalb der Verwaltung zu optimieren. Was ist dabei herübergekommen? Die Notwendigkeit, über Abläufe und ihre Effizienz in den Büros nachzudenken, ergibt sich aus der Situation, dass die Aufgaben immer mehr, die Ansprüche immer größer werden und gleichzeitig die personellen Ressourcen mangels Finanzen nicht weiter vermehrbar sind. Dazu müssen häufig neue – andere – Wege gegangen werden. Dies dauert seine Zeit. Das Erkennen von Schwachstellen und das Hinterfragen von 'Altbewährtem' ist häufig nur durch einen externen, also einen Blick von außen auf die Verwaltungsabläufe möglich. Der Weg, der gegangen werden soll, kann nur zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besprochen werden. Er beginnt aber zunächst in den Führungsetagen und in den Köpfen der Amtsleitungen. Nur wenn man dort bereit und offen ist, einen modernen, zukunftssträchtigen Weg zu beschreiten, werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überzeugt mitmachen.

Nahezu uneingeschränkt stehen die Freien Wähler zu den anderen Ausgaben die sich aus den Kernaufgaben des Landkreises ergeben, ÖPNV, Gesundheitswesen, auch die Erhöhung der Zuweisungen an die Rems-Murr-Kliniken um 5,2 Mio. Euro und auch der Schuldenabbau. Auch wir wollen, dass der Kreis seine Schulden reduzieren kann – aber mit Maß und Ziel und nicht auf Kosten der Kommunen. Auch den Baumaßnahmen, sei es aus dem Sanierungsrückstau oder auch den sonstigen Baumaßnahmen, stimmen wir uneingeschränkt zu.

Sorgen macht uns der Mehrbedarf im Bereich der Jugendhilfeleistungen und der Sozialleistungen insgesamt. Die Arbeitslosenzahlen sind bekanntlich deutlich zurückgegangen und sollen Experten zufolge auch trotz der gedämpfteren Konjunkturaussichten auf einem erfreulich niedrigen Niveau verbleiben. Wir begrüßen, dass der Landkreis gemeinsam mit den Großen Kreisstädten ein Gutachten auf den Weg gebracht hat, um Stellschrauben und strukturelle Änderungen der Sozial- und Jugendhilfegewährung zu ermitteln. Es kann doch nicht sein, dass uns der Bund 7,5 Mio. Euro Mittel zur Grundsicherung überweist und davon nichts zur Entlastung der Kommunen bei diesen ankommt.

Noch ein Wort zu ihren Ausführungen bei der Einbringung des Haushalts 2013. Sie, sehr geehrter Herr Landrat, sprachen davon, dass allein 11 Mio. Euro Jugend- und Sozialhilfeleistungen nach Waiblingen fließen, dass Rudersberg 1,8 Mio. Euro erhält und auch Kaisersbach mit 670.000 Euro am Jugend- und Sozialhilfebudget des Landkreises partizipiert. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum Sie in Ihrer Haushaltsrede die Beträge nur für die drei Kommunen explizit nannten. Die

Gründe für diese Selektion kennen nur Sie. Es wird doch nicht daran liegen, dass die Bürgermeister und der Oberbürgermeister im Kreistag sind. Dann hätten noch einige weitere Kommunen genannt werden müssen.

Um diese Ungleichbehandlung zu beenden und weil wir meinen, den Blick auf den gesamten Landkreis zu richten, beantragen wir deshalb eine Darstellung, welche Beiträge jährlich für Jugend- und Sozialhilfeleistungen in die einzelnen Kommunen fließen, für alle Kommunen des Rems-Murr-Kreises, einschließlich einer Gegenüberstellung der von der jeweiligen Kommune gezahlten Kreisumlage.

Was die Gegenfinanzierung der von uns vorgeschlagen Reduzierung der Kreisumlage betrifft so schlagen wir vor, dass dieser Betrag mit dem Haushaltsrest aus 2012, den positiven Auswirkungen der Oktobersteuerschätzung 2012 und zuletzt mit globalen Minderausgaben zu finanzieren ist.

Eigentlich sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Vertreter der Verwaltung, sehr geehrte Gäste und liebes Kollegium, könnte ich meine Ausführungen zum Kreishaushalt 2013 so stehen lassen. Das wäre aber verkürzt, weil uns klar sein muss, dass wir nur dann weiter wirtschaftlich erfolgreich sein können, wenn unser Landkreis gute Rahmenbedingungen für die Infrastruktur unserer Unternehmen bietet.

Dazu gehört für uns Freien Wählern die Verkehrssituation im Landkreis. Der Rems-Murr-Kreis gehört in Baden-Württemberg zu den ganz wenigen Kreisen, durch die keine Autobahn geht, die also abseits der großen Verkehrsachsen von Nord nach Süd oder von Ost nach West liegen. Im Großraum Stuttgart, was fast undenkbar ist, sind wir wirklich die Einzigen, die keine Autobahn, nicht einmal einen unmittelbaren leistungsfähigen Autobahnanschluss haben. Es gibt vielleicht einige Mitglieder des Kreistages, die daran sogar Gefallen finden. Wir nicht. Wir sehen nämlich daran eine massive Bedrohung des Wirtschaftsstandortes Rems-Murr-Kreis. Und darum, sehr geehrter Herr Landrat, bitte ich sie eindringlich, sich vom Landes- und Bundesverkehrsminister nicht in fünf Minuten zwischen Tür und Angel abspesen zu lassen. Wir müssen gemeinsam mit allen demokratisch möglichen Mitteln versuchen, diese Verkehrssituation zu ändern und zwar schnell. Wir wollen schnellstmöglich einen entsprechenden Ausbau der B 14 und des Autobahnzubringers von der B 14 nach Mundelsheim, aber auch eine Anbindung an die A8 und eine südwestliche Erschließung an die A 81.

Abschließend noch eine kleine, fast persönliche Bitte: Das Zeltlager Salbengehren ist in die Jahre gekommen. Eine Sanierung steht für das Jahr 2014 ins Haus. Da vier der heutigen Haushaltsredner Mitglied im Beirat dieser Einrichtung sind, bitten wir um einen Zuschuss dieser fast beispiellos guten jugendfördernden Maßnahme für den Haushalt 2014.

Unser Dank geht an Sie Herr Landrat Fuchs und an Sie Herr Kreiskämmerer Geissler, für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2013, bei der Sie durch Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wesentliche Unterstützung erfahren haben. Wir bedanken uns bei allen Damen und Herren unserer Landkreisverwaltung, unserer Betriebe und Beteiligungsunternehmen für die engagierte und qualifizierte Mitarbeit - jede/r an seinem Platz. Einbeziehen wollen wir das gesamte Personal in den Klinikbereichen des Rems-Murr-Kreises, sei es in der Medizin, der Pflege, der Administration, der Versorgung und des Betriebs. Den Mitgliedern meiner Freien-Wähler-Fraktion danke ich für die umfangreiche Unterstützung bei der Ausarbeitung unserer Haushaltsstellungnahme und für die vielfältige Hilfe bei der Fraktionsarbeit. Und bei Ihnen meinen sehr geehrten Damen und Herren bedanke ich mich fürs Zuhören und Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.“

Kreisrätin Wilhelm legt für die **FDP-FW Fraktion** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende!

‘The same procedere as every year’ – die Festlegung der Kreisumlage. Was wollen wir, die wir uns diesem politischen Ehrenamt einbringen, erreichen – wir wollen unsere Heimat, unseren Rems-Murr Kreis lebens- und liebenswert erhalten und gestalten. Knapp 416.000 Menschen sind Rems-Murr-Bürger. Wie gestalten wir unseren urbanen, aber auch ländlich geprägten Kreis? Wie sind die Vorstellungen? Welche Pläne, Visionen und konkreten Maßnahmen tragen der demografischen Entwicklung und den ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen Rechnung?

Welchen finanziellen Rahmen brauchen wir dazu?

Nicht alle Themen können und sollen mit einem Rundumschlag punktgenau, ohne einleitende Ausführungen, in wenigen Worten, im vorgegebenen Zeitlimit quasi als Diskussionsmenü serviert wer-

den. Selbst Spitzenköche brauchen für die perfekte Zubereitung, sei es auch manchmal nur ein Dinner for one - Zeit zur Planung, für Einkauf und Zusammenstellung. Jeder Koch braucht für seine Profession die richtigen Zutaten, das Gespür für den Anspruch des Hungrigen und vor allem die Leidenschaft, genau das Richtige zuzubereiten.

Unsere Denkansätze gehen in die gleiche Richtung, Planen, Zusammenstellen, Abwägen und das richtige Maß finden, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Deshalb können in 15 Minuten nicht alle Bereiche richtungsweisend angesprochen werden. Wir, die FDP/FW Kreistagsfraktion werden deshalb die heutigen Ausführungen in unserem Haushaltsstatement auf die Bereiche fokussieren, in denen wir aktuell Handlungsbedarfe sehen. Auf einen Rundumschlag, der jedes Thema anspricht und abdeckt verzichten wir ganz bewusst, wissend, dass unsere Vertreter in den jeweiligen Ausschüssen, kompetent und dezidiert Stellung nehmen werden oder bereits genommen haben.

Mutiges Gestalten bei derzeit guter Konjunkturlage, mit möglichst geringen finanziellen Aufwendungen ist unser aller Anliegen.

Wir beantragen die Einführung eines kreisweiten Sprachhelferpools auf freiwilliger und ehrenamtlich tätiger Basis– *Bürger helfen Bürgern!* Dieser Sprachhelferpool sollte über den RMK, kreisweit verwaltet und abgerufen werden können. Dieser Pool an ehrenamtlich engagierten Freiwilligen, die in den unterschiedlichen Sprachen z.B. Asiens, Afrikas oder dem Balkan bewandert sind, soll Migrantinnen und Migranten bei der Integration, bei sprachlichen Barrieren z.B. bei Arztbesuchen begleitend zur Seite stehen. Die Hilfeangebote müssen alltagsorientiert und der Zeitaufwand mit anderen Alltagsaufgaben kompatibel sein.

Inklusion ist eine wichtige Aufgabe unseres Landkreises. Gerade der Rems-Murr Kreis verfügt über große Komplexeinrichtungen und zählt zu den Landkreisen mit den meisten Menschen mit Behinderungen in stationären Einrichtungen. Wir sind aber auch der Landkreis mit hervorragenden Kompetenzzentren, wie DeSK in Backnang, PEC in Waiblingen oder VDC in Fellbach. Wir regen an, über ein 'Leuchtturmprojekt Kompetenzzentrum Inklusion' nachzudenken. Darin können Erfahrungen, Kenntnisse, Problemlösungsansätze über innovative Betreuungskonzepte, über ein längeres selbstbestimmtes Leben zu Hause, dank moderner Software und vernetzter telemedizinischer Geräte, gebündelt und weiterentwickelt werden. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird nach Prognosen von ca. 246.000 in 2009 auf rund 348.000 in 2030 allein in Baden-Württemberg steigen. Laut dieser Aussage wird auch der Bedarf an Pflegefachkräften um 40 - 60% steigen. Deshalb brauchen wir den Einsatz von alltagsunterstützenden Anwendungen Stichwort AAL – Ambient Assisted Living. Wir

müssen Konzepte angehen und umsetzen. Auch die, die nicht originär Aufgabe der Landkreisverwaltung sind, die aber das geballte Wissen und die Erfahrung der Akteure an einem Tisch zusammenführt.

Kinder- und Jugendärzte schlagen Alarm. Die dringend geforderte Kinder- und Jugendpsychiatriestation im Rems-Murr Kreis lässt weiter auf sich warten. Die Sozialpsychiatrie im Land hat bereits 2012 zwei Millionen mehr erhalten. Wäre es da nicht doch folgerichtig, 14 teilstationäre Betten im Kreis einzurichten? Herr Landrat, bleiben Sie dran. Lassen Sie uns weiter mit Nachdruck beim Sozialministerium eine Jugendpsychiatriestation einfordern.

Budgetverhandlungen mit den Kostenträgern (Krankenkassen) müssen mit harten Bandagen durchgeführt werden. Unsere Rems-Murr Kliniken arbeiten seit vielen Jahren mit erheblichen Defiziten. Aber warum sind Klinikbetriebe defizitär? Wir haben steigende Patientenzahlen und sinkende Einnahmen! Wir müssen mit Nachdruck bei allen Verantwortlichen eine auskömmliche Erstattung einfordern. Nach den aktuellen Wirtschaftsplanungen wird für 2015 erstmals wieder ein positives Ergebnis erwartet. Bis dahin bedarf es aber noch enormer Anstrengung von Geschäftsführung und der gesamten Belegschaft. Wir hoffen und freuen uns auf einen reibungslosen Ablauf.

Gesundheitszentren in Winnenden, Schorndorf und ab Dezember auch Backnang gewähren eine optimale Vernetzung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Dank der Intervention von Ihnen Herr Landrat Fuchs und Mitstreitern aus der Ärzteschaft bleiben die Notfallpraxen erhalten. Vielen Dank für diesen Erfolg im Namen aller hilfebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Eine Besonderheit der kommunalen Selbstverwaltung liegt in der im Kinder- und Jugendhilfegesetz vorgeschriebenen Zweigliedrigkeit des Jugendamtes: Nach § 70 Abs. 1 KJHG werden die Aufgaben des Jugendamts durch den Jugendhilfeausschuss und durch die Verwaltung des Jugendamts wahrgenommen.

Die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses im Rems-Murr-Kreis ist in der 'Satzung über das Jugendamt des Rems-Murr-Kreises' geregelt, die der Kreistag am 21.12.1992 erlassen hat.

Diese Satzung ist nunmehr 20 Jahren alt. Die Aufgaben des Jugendhilfeausschusses umfassen ressortübergreifend Fragen der Arbeitsmarkt-, Umwelt-, Struktur-, Wohnungs- und Planungspolitik - jeweils im Bezug zu Kindern und Jugendlichen. Strukturen haben sich gewandelt und verändert. Deshalb beantragen wir, die zeitgemäße Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses, explizit

die Zusammensetzung und Besetzung von stimmberechtigten und beratenden Mitgliedern unter aktuellen Aspekten neu zu diskutieren und zu regeln.

In der Klausurtagung des Kreistages im Mai 2012 in Löwenstein wurde von Herrn Prof. Dr. Stefan Sell Möglichkeiten und Grenzen der Inklusion auf Landkreisebene vorgestellt. Wir beantragen, die aufgezeigten Ansätze auf Anwendungs- und Umsetzbarkeit im Rems-Murr Kreis im Jugendhilfe- und VSKA zu diskutieren.

Ein Novum bei den Haushaltsreden in diesem Jahr ist, mein Vorredner hat es bereits angesprochen, dass 4 Vertreter der Fraktionen, die im Beirat des Zeltlagers Salbengehren am Ebnisee sind, heute sprechen. Es gibt viele aktive Gruppierungen in unserem Landkreis, nicht nur das Zeltlager Salbengehren, das im Jahr 2014 eine große Umbaumaßnahme plant. Wir sollten hier auch die Jugend gleich unterstützen, analog dem Kreisjugendring in Mettelberg.

Deshalb wollen wir eine Politik der Verlässlichkeit gegenüber den vielen ehrenamtlich engagierten Menschen und setzen uns für eine Rücknahme der Kürzung von Freiwilligkeitsleistungen ein.

Am 8. Dezember diesen Jahres fährt die erste S-Bahn im Ringschluss zwischen Backnang und Marbach. Auch und gerade von unserer Fraktion wurde diese verkehrliche Anbindung lange und massiv unterstützt. Danke Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass mit dem Beitrag des Landkreises die Raumschaft nun zeitgemäß an das Herz der Metropolregion Stuttgart angebunden werden wird. Ich verbinde den Dank mit der herzlichen Einladung an Sie nach Kirchberg an der Murr am 8. Dezember 2012 zu kommen, um dieses Ereignis mit der Bevölkerung gebührend zu feiern. Sie sind uns alle in Kirchberg herzlich willkommen.

Noch ein Wort zur Murr- und Remsbahn: Das Wagenmaterial auf den Schienen wurde und wird immer wieder heftig kritisiert. Wenn wir wollen, dass die Menschen vom Auto auf den ÖPNV umsteigen, brauchen wir auch modernes Wagenmaterial. Der Verkehrsvertrag läuft 2016 aus, es wird höchste Eisenbahn, dass die Ausschreibung der Verkehrsleistungen veröffentlicht werden. Im Hinblick auf Lieferzeiten von bis zu vier Jahren dürfen wir als Landkreis nicht nachlassen, auf diesen Missstand hinzuweisen.

Zum Weiterbau der B14 nach Backnang müssen alle politischen Kräfte mobilisiert werden. Stillstand ist Rückschritt. Backnang und die Raumschaft brauchen diesen verkehrlichen Aus- und Weiterbau dringend und unverzüglich. Die Zusage zum Weiterbau ist von der alten Landesregierung

gekommen. Eigentlich müsste die seit 2011 neue Landesregierung zu dieser Aussage uneingeschränkt und vorbehaltlos stehen, wurden doch die Fakten nicht nach Gutdünken, sondern durch Dringlichkeit festgelegt.

Partnerschaften dienen dazu sich vielfältig, u.a. wirtschaftlich, kulturell und politisch auszutauschen. Gepflegt werden freundschaftliche Beziehungen zum Komitat Baranya, zum Rayon Dmitrov und zum Landkreis Meißen. Bei der Delegationsreise im September konnten die Teilnehmer eine Großübung des Freistaates Sachsen mit über 900 ehrenamtlich, freiwilligen Helfern aus den 'Blaulichtfraktionen' Polizei, Rettungsdiensten und Ärzten, Feuerwehr und THW erleben. In Großenhain wurde eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig Katastrophenübungen und Einsätze sind.

Diese Großübung hat uns sehr beeindruckt. Übungen im Kappelberg- und Leutenbachtunnel finden bereits regelmäßig statt, aber gibt es bereits kreisweite Ablaufpläne für Großeinsätze, oder sind solche Maßnahmen bereits angedacht?

Nachhaltige Entwicklung heißt: Umweltaspekte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Mit unserem Klimaschutzprogramm haben wir die ersten Schritte dazu eingeleitet. Das Thema Klimaschutz ist unser nächster Tagesordnungspunkt, deshalb verzichte ich auf weitere Ausführungen. Nur so viel: Wir können uns sehr wohl vorstellen, die Mittel zum Abbau des Sanierungsrückstaus und für energetische Sanierungen um 1 Mio. Euro anzuheben. Bei der Energieeinsparung ist die beste Energie die, die erst gar nicht produziert wird. Zur konkreten Gebäudesanierung bedarf es einer breiteren Diskussion, die wir hiermit zeitnah einfordern.

Last but not least – zu unserem Königsthema – die Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes.

Unsere Fraktion hat sich intensiv beraten und mit den Kreisfinanzen auseinandergesetzt.

Dabei knüpfen wir an unseren Beschluss vom 12.12.2011 an, den wir heute wie folgt modifizieren möchten:

1. Eventuelle Überschüsse im Rahmen des Rechnungsabschlusses werden wie bisher zur Schuldentilgung verwendet
2. Es wird angestrebt, frühestens ab 2016 die Nettoabschreibung in voller Höhe zu erwirtschaften und zur Schuldenreduzierung zu verwenden (Haushaltsausgleich neues Recht). Diese Verschiebung um 2 Jahre halten wir aufgrund der geänderten Vorgaben der Landesregierung für angemessen, schon um eine Vergleichbarkeit mit den Haushalten der Kommunen (die ja noch nach altem Recht vorgehen), in den kommenden Jahren sicher zu stellen.

3. In den zukünftigen Haushaltsplänen bleibt eine Absenkung der Verschuldung gemeinsames Ziel.
4. Investive Auszahlungen werden weiterhin restriktiv veranschlagt und sollen vordringlich dem Abbau des Sanierungsrückstaus und energetischen Verbesserungen dienen.

Wir haben in unseren Fraktionsüberlegungen zwischen der Erwirtschaftung der Nettoabschreibung bis 2014 und dem Thema Verschuldungsabsenkung unterschieden. Während in Bezug auf die zu erwirtschaftende Nettoabschreibung in voller Höhe bis 2014 gegenüber dem damaligen Kreistagsbeschluss sich die Geschäftsgrundlage geändert haben mag, als das neue Haushaltsrecht nun doch möglicherweise erst ab 2020 verpflichtend werden wird, gibt es bei dem Beschluss die Schulden zu senken überhaupt keinen Grund diesen zu revidieren. Im Gegenteil: Die derzeitige gute Konjunkturlage mit den hohen Steuereinnahmen, welche allen öffentlichen Haushalten zu Gute kommen, zwingen eigentlich erst recht dazu. Wir wollen in guten Jahren durch Verschuldungsabsenkung die nötige Luft und den Spielraum für spätere Zeiten erhalten, damit eine stetige Aufgabenerledigung und notwendige Investitionen gewährleistet bleiben. In guten Zeiten für schlechte Zeiten vorsorgen, das ist unser Ansatz.

Wir schlagen als Fazit unserer Überlegungen vor, es bei der von der Landkreisverwaltung vorgeschlagenen Absenkung der Kreisumlage auf 39% zu belassen. Im Sinne unseres letztjährigen Beschlusses wollen wir konsequent und glaubwürdig an dem Vorrang festhalten, die Verschuldung des Rems Murr Kreises so gut es geht abzusenken.

Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs, aus Zeitgründen, um in meiner Redezeit zu bleiben, verzichte ich auf die Nennung aller weiteren Mitarbeiter. Zufriedenheit, Freude und Gesundheit bei der Arbeit hängen ganz wesentlich auch von der Art der Zusammenarbeit ab. Im Namen unserer Fraktion bedanke ich mich sehr herzlich bei Ihnen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, auch bei den nicht genannten, für die gute und offene Zusammenarbeit. In unseren Dank schließen wir die Vertreter der Berichterstattung mit ein. Damit Ihnen auch im kommenden Jahr verbrauchte Energie sofort zurückgegeben wird, verbinde ich unseren Dank mit einer kleinen Stärkung, die in der Werbung propagiert wird und die verbrauchte Energie sofort zurückgeben soll. Die guten Wünsche die sie alle im Jahr 2013 begleiten mögen, sind im irischen Segenswunsch zusammengefasst: Ich wünsche dir, dass du deinen Tag lächelnd beginnen kannst, in froher Erwartung all der vielfältigen Aufgaben, die auf dich warten und all der Begegnungen, die dir geschenkt werden;

dass du aber auch die nötige Geduld hast, das zu ertragen, was dir lästig ist oder was dir überflüssig erscheint.

Die guten Wünsche entbiete ich Ihnen allen und danke für ihre Aufmerksamkeit!“

Kreisrat Kaufmann nimmt für die **SPD-Fraktion** wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Damen und Herren,

‘Die doppelte Buchführung ist eine der schönsten Erfindungen des menschlichen Geistes und jeder gute Haushalt sollte sie in seiner Wirtschaft einführen’, so ein Zitat von Goethe in ‘Wilhelm Meisters Lehrjahre’ im Jahre 1785. Oder es kann auch heißen: Mit der Umstellung auf die Doppik werden wir künftig mit einem Blick feststellen können, ob und wieweit der Kreis sein Vermögen vermehrt oder ob der von der Substanz lebt. Kennziffern und Ziele sollen Entscheidungshilfen für die Wirtschaftlichkeit liefern, die Verantwortung für wirtschaftliches Handeln wird jedoch auch in Zukunft in gleicher Weise bestehen bleiben. Nunmehr liegt uns der 4. Haushalt mit doppischem Buchungssystem vor. Die Frage, ob wir nun oder besser gesagt ‘schon’ eine Entscheidungshilfe haben, lasse ich offen. Wird von der Verwaltung nicht immer betont, der Haushalt sei überwiegend fremdbestimmt? Sind wir demzufolge die Getriebenen von Verwaltungsreform und nicht ernsthaft angewandten Konnexitätsprinzip? Das sicher nicht, denn wir tragen in diesem Kreis auch die politische Verantwortung und somit auch die richtungweisenden Beschlüsse in diesem Kreis. Wir wollen praxisnahe, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Entscheidungen, die jetzt die richtigen Impulse geben und auch nachfolgenden Generationen überhaupt noch Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten belassen. Dazu soll auch dieser Haushalt für das Jahr 2013 Grundlage sein. Aber wir teilen nicht ganz die Auffassung von Landrat und Kämmerer, dass es sich bei dem Zahlenwerk um ein eng und schlank geschnürtes Korsett handelt. Zu groß sind und waren offenbar die Spielräume in den vergangenen Jahren, wie es insbesondere die Rechnungsabschlüsse 2010, 2011 und nunmehr auch 2012 zeigen. Dieser Haushalt hat - wie die Abschlüsse der vergangenen Jahre zeigen - ebenfalls Spielräume! Diese äußerst vorsichtige und mit Blick auf die Steuerschätzungen zu frühe Planung geht zu Lasten unserer Städte und Gemeinden - und damit zu Lasten unserer Bürgerinnen und Bürger des Kreises. Auch darf und kann der Schuldenabbau nicht durch zu hohe Planansätze in den Ausgaben und zu niedrige Ansätze in den Einnahmen erfolgen.

Ein Schuldenabbaukonzept ist als solches erarbeitet und beschlossen worden und daher nach wie vor gültig:

Das bedeutet, eventuelle Überschüsse im Rahmen des Rechnungsabschlusses grundsätzlich zur Schuldenreduzierung zu verwenden (wo diese primär herkommen, wissen wir nun); angestrebt wird, ab 2014 die Nettoabschreibungen in voller Höhe zu erwirtschaften und zur Schuldenreduzierung zu verwenden (also Haushaltsausgleich nach neuem Recht) Abschreibungen können nicht zum Schuldenabbau verwendet werden, sondern dienen der Refinanzierung für unsere Nachfolgeneration. In den zukünftig aufzustellenden Haushaltsplänen ist eine Absenkung der Verschuldung gemeinsames Ziel (das ist kein konzeptioneller Ansatz) und investive Auszahlungen werden weiterhin restriktiv veranschlagt (wann passiert dies, wenn doch immer wieder eine globale Minderausgabe ohne große Anstrengungen erwirtschaftet werden kann?) Wir fordern demnach erneut von der Verwaltung die Erarbeitung eines seriösen und Schuldenabbaukonzepts, das u.a. auch an die kostenintensiven Doppelstrukturen herangeht. Der Anspruch der SPD-Fraktion ist, dass mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf nebst Finanzplanung für die kommenden Jahre die Attraktivität unseres Rems-Murr-Kreises für die Zukunft erhalten werden kann; wir stellen uns als verlässlicher Partner dar für die Städte und Gemeinden und für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Kreis. Uns ist bewusst, dass die Kommunen einen erheblichen Investitionsstau vor sich herschieben, mit dessen Auflösung langsam begonnen werden kann. Auch gelingt es nicht allen kreisangehörigen Kommunen trotz enormer Konsolidierungsanstrengungen, ihre Haushalte auszugleichen. Daher signalisiert die SPD-Fraktion die Bereitschaft zur Senkung der Kreisumlage über den Vorschlag des Landrates von 39,0% hinaus - dieses Signal auch deshalb, da sowohl das Rechnungsergebnis 2012 als auch nun bekannt gewordene Mehreinnahmen seit der Planentwurfseinbringung dies zulassen. Es bleibt allerdings die Beratungsergebnisse zu den Haushaltsanträgen aus den Ausschüssen abzuwarten. Auch sei ausdrücklich erwähnt, dass die Abschreibungen nach neuem HH-Recht erst dann erwirtschaftet werden sollen, wenn entweder alle kreisangehörigen Kommunen auf Doppik umgestellt haben oder das Wahlrecht zur Umstellung des Buchungsstils (2020 geplant) ausläuft. Begründet ist dieser Antrag darin, dass der Haushaltsausgleich durch die Einnahme von kalkulatorischen Kosten erreicht wird. Der Kreishaushalt ist fit für die Zukunft zu machen, und zwar durch effektive Zahlungsströme ohne nicht monetäre und somit finanzunwirksame Kennzahlen. Insofern fordern wir nach wie vor, die Transparenz im Handeln noch stärker zu leben. Hierzu gehört insbesondere das Darstellen sämtlicher Doppelstrukturen und Querfinanzierungen.

Meine Damen und Herren,

mit Ökonomie und Ökologie haben wir zwei Seiten einer Medaille, die abgewogen werden müssen. Wir stehen als Kreis dafür, beides verantwortungsvoll miteinander zu verknüpfen. Bewahrung der Schöpfung für zukünftige Generationen ist ein zentrales Ziel und erfordert nicht erst seit heute neue Denkansätze. Der Kreis leistet seit Jahren seinen Beitrag zum Klimaschutz. Und wir werden dies auch in Zukunft tun, insbesondere mit Blick auf die Windkraft. Die Voraussetzungen für die Windkraftentwicklung sind in Deutschland besser denn je. Nach der Atomkatastrophe in Japan führte 2011 kein Weg mehr am Ausstieg aus der Kernkraft vorbei. Auf dem Weg zu einer klimafreundlichen und bezahlbaren Stromversorgung kommt der Windkraft eine Schlüsselrolle zu, die auch in unserem Kreis eine bedeutungsvolle Rolle spielt. Wir unterstützen daher die Bemühungen aller Kommunen, unser Windkraftpotential voll auszuschöpfen. Die Nutzung der Windkraft ist ein wesentlicher Baustein, die uns gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen. Insbesondere erwarten wir eine enge Abstimmung der Aktivitäten in den einzelnen Städten und Gemeinden im Landkreis. Hierzu gehört jedoch auch ein konsequenteres Handeln bei der energetischen Sanierung der kreiseigenen Immobilien. Hierzu sollten künftig mehr finanzielle Mittel zu Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang ist zu konstatieren, dass die Einrichtung eines Klimamanagers oder -Managerin von uns grundsätzlich begrüßt wird. Wir sind der Auffassung, dass es die personelle Kompetenz möglicherweise bereits im Hause geben könnte. Um weitere Doppelstrukturen zu vermeiden schlagen wir vor, diese Aufgabe in der Energieagentur anzusiedeln. Mit Blick auf die Klimaschutzziele unseres Kreises müsste die energetische Sanierung der kreiseigenen Immobilien mit mehr finanziellen Mitteln ausgestaltet werden.

Der Rems-Murr-Kreis muss das Thema 'Intelligente Mobilität' als ein Leuchtturmprojekt begreifen. Im ländlichen Raum brauchen wir Mobilitätskonzepte zur sinnvollen, emissionsarmen und nachhaltigen Vernetzung von Ballungsräumen und ländlichen Strukturen. Das vernetzte öffentliche Auto in urbanen Räumen und das Elektromobil als Element eines umfassenden intermodalen Verkehrsangebotes ist die Zukunft, denn Hauptursache unserer Klimaveränderung ist der automobiler Individualverkehr. Unser Ziel muss es sein, dass innovative Mobilitätskonzepte für unseren ländlichen Raum erarbeitet werden. In diesem Lichte ist auch das Problem 'Nachtbusverkehr' anzusprechen. Hier gibt es aufgrund unterschiedlicher Regelungen von Kommunen einen unbefriedigenden Zustand. Insbesondere der ländliche Raum ist hier weit unterversorgt. Diesbezüglich verwundert uns auch die Aussage, dass im Dialog mit den kreisangehörigen Kommunen Konzepte entwickelt wurden, die ganz konkret auf die Bedürfnisse vor Ort abgestimmt ist. Dies ist, zumindest nicht mit allen kreisangehörigen Kommunen, nicht geschehen und wir bitten, diese Abstimmung unverzüglich nachzuholen. Der Landkreis darf nicht durch zu begrüßende Entscheidungen der Region im ÖPNV die Nachtschwärmer aus dem ländlichen Raum hängen lassen. Wir sind uns sicher

einig, dass wir unsere Straßeninfrastruktur nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Die notwendigen und im Plan vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen tragen wir daher uneingeschränkt mit und bitten, diese unverzüglich nach Beendigung der vorläufigen Haushaltsführung im Jahr 2013 auszusprechen und zu veranlassen.

Meine Damen und Herren,

wir alle gemeinsam handeln für unsere Kinder, Jugendlichen und Familien - das ist unser Anspruch im Kreis, der sich in vielen Bereichen widerspiegelt, angefangen von der Ausweitung der Betreuungsangebote für die unter Dreijährigen über das breite Spektrum unserer Schulen bis hin zu dem insgesamt hohen Stellenwert von Bildung in unserem Kreis mit Investitionen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Selbstverständlich wünschen wir uns, dass auch in Zukunft eine enge Vernetzung, ein Miteinander in der regionalen Bildungslandschaft entsteht. Entscheidend ist das, was als Ergebnis dabei herauskommt, und das sind verwertbare Schulabschlüsse und eine Persönlichkeitsentwicklung hin zur Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit, die den jungen Menschen Perspektiven für die Zukunft sichert.

Unter Grün-Rot beteiligt sich das Land seit diesem Jahr wieder zu einem Drittel an den Kosten der Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen. Diese Entscheidung nimmt uns den Entscheidungsdruck und spart damit dem Landkreis bares Geld, so dass hier eine effektive Entlastung eingetreten ist. Um in die Schule zu kommen, nutzen die Schülerinnen und Schüler überwiegend das Scool-Abo, das als Monatsabo läuft. Damit ist ein hoher Bürokratieaufwand verbunden. Wir fordern daher ausdrücklich, das Scool-Abo als Jahresabo laufen zu lassen. Für die Ausweitung zu einer netzweiten Gültigkeit rund um die Uhr (ohne Sperrzeiten) kalkuliert der VVS mit Mehrkosten von lediglich 57 Cent pro Monat und Ticket. Ziel muss eine kostenneutrale Verbesserung sein; der Verlust wird höchstens 2 - 3 Schulausflüge pro Schüler sein. Auch gilt es die Jugendfreizeiten entsprechend gerecht zu unterstützen. Der Arbeitskreis Freizeiten des Kreisjugendrings, Vereine vor Ort, Kirchen und sonstige Träger leisten mit mehr als 40 Ehrenamtlichen vorbildliche Arbeit. Dies geschieht insbesondere an den Freizeiten-Wochenenden in Mettelberg. Analog dazu sollten auch andere Vereine wie z.B. der Verein Zeltlager Salbengehren die Jugend ebenfalls unterstützt werden. Dies jedoch nur vorausgeschickt auf das Jahr 2014 mit Blick auf die Sanierung des Sanitärtrakts, da im kommenden Haushaltsjahr noch nichts Konkretes geplant ist.

Mit Blick auf unsere Krankenhäuser verzeichnen wir eine durchaus positive Entwicklung, denn alle drei Kliniken verzeichnen eine wachsende Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Belegungen und damit die Patientenzahlen steigen schneller als erwartet, was

sich wiederum positiv auf die Erlöse auswirkt. Diese Entwicklung ist sicherlich zum großen Teil der engagierten Arbeit von Ärzten, Pflegepersonal und Krankenhausleitung zu verdanken. Dafür gilt unser Dank! Es besteht somit die Erwartung, dass nach der Fertigstellung des Neubaus und der Sanierung des Hauses in Schorndorf wie geplant in den nächsten Jahren der Zuschuss durch den Kreis an die GmbH zurückgefahren werden kann und letztlich ganz entfällt, was ja bekanntlich die Prämisse für den Neubau war.

Ärgerlich ist zweifellos die dadurch bedingte Verzögerung bei der Fertigstellung des Neubaus. Wir erwarten, dass die Verwaltung jetzt einen realistischen Zeitplan benennt und der ins Auge gefasste Termin 'Herbst 2013' dann tatsächlich auch der endgültige ist. Trotz dieser zuletzt skizzierten weniger erfreulichen Entwicklung halten wir es aber nach wie vor für richtig, dass der Kreistag die zeitnahe Errichtung des Hauses B beschlossen hat: Zentralisierung der Verwaltung, Kindertagesstätte und akademische Lehrräume sind ein ganz wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor für das neue Haus. Damit haben zumindest wir im Kreis eine Basis für ein zukunftsfähiges Krankenhaus geschaffen.

Daher danke ich im Namen der SPD-Fraktion aber auch ganz persönlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kliniken sowie Ihnen, Herr Geißler, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die arbeitsintensive Aufstellung des Haushaltsentwurfes aber auch für die engagierte Arbeit im vergangenen Jahr. Unser großer Dank gilt ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises sowie aller dazugehörenden Dienststellen, die mit ihrem großen Engagement und Motivation ihre Aufgaben erfüllen. Unser besonderer Dank gilt Ihnen, Herr Landrat Fuchs sowie allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für die sehr gute und angenehme Zusammenarbeit im vergangenen Jahr und freuen uns, die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam zu bewältigen.

Unser Landkreis hat Stärken, Aushängeschilder, Markenzeichen, wir werden auch in Zukunft vieles erfolgreich umsetzen. Natürlich ist auch - mit Blick auf die Entscheidungen im Bund und im Land eine gewisse finanzielle Entspannung eingetreten. Allerdings ist nach wie vor eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik mit konsequenter Ausgabendisziplin sowie langfristigen Konzepten vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit und demografischer Entwicklung erforderlich. Der Haushalt muss von klarer Subsidiarität und Konnexität geprägt sein und vor allem er muss berechenbar und verlässlich sein! Für die Beratung der weiteren Anträge im Verlauf des Jahres 2013 freuen wir uns auf das gewohnt gute, faire und sachliche Klima“

Kreisrat Sczuka legt für die **CDU-Fraktion** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
liebe Zuhörer und Pressevertreter,

beginnen will ich die Haushaltsrede der CDU-Kreistagsfraktion mit einem Zitat des Landrats aus seiner Haushaltsrede des letzten Jahres:

‘Ein Finanzkorsett eng geschnürt und ohne Spielräume!’

Ich gehe mal davon aus, Herr Landrat Fuchs, dass dies für den vorliegenden Haushaltsplan 2013 auch gilt? Er nickt zustimmend.

Da dasselbe für den Haushalt 2013 gilt, geht die CDU-Kreistagsfraktion davon aus, dass auch für den von der Kreisverwaltung vorgelegten Haushalt ein Spielraum von mindestens in der Größenordnung des voraussichtlichen verbesserten Rechnungsergebnisses des laufenden Jahres 2012 bleibt. Wir erwarten rechtzeitig vor der nächsten Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses hier konkrete Aussagen. Unsere Anträge hierzu haben wir auch in schriftlicher Form der Landkreisverwaltung zur Verfügung gestellt. Nicht umsonst hat der Landkreis sein Rechnungswesen umgestellt, um mehr Transparenz wie in der freien Wirtschaft zu erhalten. Ein Armutszeugnis wäre es, wenn nicht wie in jedem vernünftigen betrieblichen Unternehmen auch eine solche Aussage getroffen werden könnte – für einen Privatbetrieb sind solche Aussagen elementar und existentiell. Der Grund für die Nichtnennung könnte also ein anderer sein – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Die reflexartigen Schreibzuckungen der Kreisverwaltung auf Briefe der Bürgermeister und Oberbürgermeister lassen dies ebenso vermuten. Es ist doch ein gutes Recht derer, die den Löwenanteil am Kreishaushalt bezahlen, eine Aussage treffen zu lassen aus deren Sicht, und die kann man dann aber auch mal ruhig so stehen lassen.

In der Backnanger Kreiszeitung war als Überschrift zu lesen: ‘Landrat will bei 39 Prozent bleiben’ – ja bei was denn sonst, wenn der Haushalt fertig und durch die Verwaltung aufgestellt ist. Vom Planverfasser sollte man nichts anderes erwarten. Unsere Aufgabe als Kreistag ist dann aber eine andere: bei so einer vorzeitigen, fast frühzeitigen Planerstellung, da müssen wir eben anders reagieren.

Warum bereitet der CDU-Kreistagsfraktion der Haushalt 2013 große Sorgen? Die Bundesregierung hat in mehreren Stufen die Entlastung der kommunalen Haushalte bei der schrittweisen Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter beschlossen und ist in der konkreten Umsetzung. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen und wir danken an dieser Stelle ausdrücklich der Bundesregierung hierfür.

Es handelt sich dabei um die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Für den Rems-Murr-Kreis bedeutet dies konkret eine Verbesserung um 8,6 Mio Euro im Jahr 2013. Doch der Sozialhaushalt hat denselben Ansatz wie im Jahr 2012. Der Sozialhaushalt 2013 steht im Verhältnis zum Haushalt 2012 also nicht wie behauptet +0 da, sondern weist ein Defizit von 8,6 Mio Euro aus, das nur durch die Kostenübernahme durch die Bundesregierung ausgeglichen werden kann. Und das Bedenkliche daran: wir befinden uns in einer Zeit der stabilen Wirtschaftslage, so wenig Arbeitslosen wie selten zuvor und einem hohen privaten Standard bei allen gesellschaftlichen Gruppen, auch wenn die subjektive Wahrnehmung des einzelnen eine andere zu sein scheint. Christliche Werte scheinen verloren zu gehen und oft erinnern die Szenarien einem Tanz um das goldene Kalb. Doch es werden andere wirtschaftliche Zeiten kommen und wenn sich strukturell an der Finanzierung von Sozialleistungen nichts verändert, wird der Kreishaushalt nicht mehr finanzierbar sein. Dies ist auch in den Landkreis-Nachrichten Heft 3 aus 2012 zu lesen, wortwörtlich sagt hierzu der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré: 'Trotz Erholung der kommunalen Steuereinnahmen infolge der anziehenden Konjunktur, die vor allem den Gemeinden und Städten zugutekommt, verharren die Landkreise in der Problemzone. So werden in diesem Jahr bundesweit 141 Landkreise und damit ca. 48 % der 295 Landkreise einen defizitären Kreishaushalt aufweisen'. Die CDU-Kreistagsfraktion bittet deshalb eindringlich für die Umsetzung des angedachten Sozial-Gutachtens zusammen mit den Großen Kreisstädten.

Eine Anmerkung sei auch zu dem vom Kreistag gefassten Grundsatzbeschluss vom 12.12.11 gestattet. Dieser Beschluss wurde unter anderen Voraussetzungen gefasst; anderen, die dann tatsächlich eingetreten sind. Wir stehen weiter zur grundsätzlichen Schuldenreduzierung und einem Einsatz von entsprechenden Rechnungsergebnissen. Aber es kann nicht sein, dass 2-stellige positive Rechnungsergebnisse entstehen und diese in voller Höhe vom Kreis 'vereinnahmt' werden, ohne dem Grundsatz des steuerlichen hälftigen Ausgleichs, eines gerechten Ausgleichs mit den Kommunen zu berücksichtigen.

Ebenso war bei Beschlusslage zur Erwirtschaftung der Nettoabschreibungen davon auszugehen,

dass eine zwingende Einführung des neuen Haushaltsrechts früher erfolgen muss. Dies ist nun nicht der Fall und das Anstreben, Nettoabschreibungen bereits ab dem Jahr 2014 in voller Höhe zu erwirtschaften, muss neu überdacht werden. Herr Landrat Fuchs hat dies dankenswerter Weise erkannt und schon mehrfach auf Nachfrage aus verschiedenen Fraktionen und den Kommunen erklärt, dass man das alte Recht anwenden werde, so lange es geht.

Doch tatsächlich getan wird etwas anderes: der Kreis will im kommenden Jahr 2013 11,9 Mio Euro an Abschreibungen erwirtschaften und auch im Jahr 2012 wurden bereits Abschreibungen erwirtschaftet.

Auch störend in dem Grundsatz-Beschluss ist die Ziffer 4: investive Auszahlungen werden weiterhin restriktiv veranschlagt. Wir meinen aber auch und vielleicht viel mehr muss man konsumtive im Auge behalten.

Doch nun zu einzelnen Eckpunkten des Kreishaushaltes im kommenden Jahr.

Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung scheint zu greifen. Allerdings sind auch hier noch nicht alle möglichen Beträge des betroffenen Personenkreises abgerufen, die abgerufen werden könnten. Die CDU-Kreistagsfraktion bittet hier weiter um Unterstützung in der Umsetzung. Ab dem Jahr 2014 wird es hier eine Spitzabrechnung geben.

Insgesamt betrachtet muss der Sozialhilfehaushalt als größter Teilbereich des Kreishaushalts sehr genau unter die Lupe genommen werden. Richtig ist, dass es sich hier größtenteils um Pflichtaufgaben handelt. Aber im Vergleich zu den anderen Landkreisen gibt der Rems-Murr-Kreis pro Einwohner wesentlich mehr Geld aus. Dies muss beleuchtet werden und hinterfragt werden, ob hier nicht Standards unterschiedlich bedient werden. Es verhält sich unter Umständen so wie bei einer Reise. Man kann die unterschiedlichsten Verkehrsmittel wählen, um von Start A nach Ziel B zu kommen. Ich kann entweder den Zug nehmen, oder ein Auto. Doch selbst wenn man sich fürs Auto entscheidet, ist es noch ein Unterschied, ob ich mit einem Golf oder einer Mercedes-E-Klasse fahre. Die Kosten sind bei gleicher Leistung oft unterschiedlich hoch.

Der Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs hat im kommenden Jahr eine neue Ausbaustufe erreicht. Im Dezember wird die neue S40 zwischen Backnang und Ludwigsburg in Betrieb gehen, ebenso der verlängerte Nachtverkehr der S-Bahnen im Verbundgebiet, der auch eine Flughafenbindung in den frühen Morgenstunden ermöglicht. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Zum Glück haben aber bei den Busverkehren nicht die Regionalräte das Sagen, in einem ebenso umlagefinan-

zierten Verband, sollte mit dem Geld anderer sinnvoll und bedarfsgerecht umgegangen werden. Der Kreis hat hier ca. € 160.000,00 investiert. Im Rems-Murr-Kreis ist das Ruftaxi-System eine gute Alternative, die sicher noch verbessert werden kann. So muss man über die Erhebung des Komfortzuschlags genauso nachdenken wie über die Bestellmöglichkeit per Telefon im Voraus, die vielleicht doch viele von der Nutzung von Ruftaxis abhält. Für ländliche Gebiete gibt es schon heute eine Alternative, die beworben werden muss: flinc, ein dynamisches Mitfahrssystem. Auch darf das Thema Schülerbeförderung nicht außer Acht gelassen werden. Vor sich verändernden Schulformen – wir kommen offenbar von einem dreigliedrigen Schulsystem in ein fünfgliedriges, und jede Kommune kann machen was sie will: Gemeinschaftsschule, Werkrealschule, G8, G9, berufliches Gymnasium, Hauptschule gibt es vielleicht auch noch ein paar Jahre – und das bei der Tatsache von weniger Schülern in der Zukunft, darf die Versorgung des ländlichen Raums nicht vergessen werden. Es muss immer noch der Grundsatz gelten: kurze Beine – kurze Wege. Auch intelligente Lösungen vor Ort sollten angestrebt werden und wir bitten die Kreisverwaltung zeitnah um Bericht im Umwelt- und Verkehrsausschuss, wie das mit den Kommunen angesetzte Gespräch zum Thema Schülerbeförderung verlaufen ist und was sich daraus für Konsequenzen ergeben.

Die im Haushalt veranschlagten Investitionen werden von der CDU-Kreistagsfraktion mitgetragen. Dabei ist bemerkenswert, dass es ein Vorziehen von 1 Mio Euro aus dem Jahr 2014 ins Jahr 2013 gibt durch den Brand in der Fröbelschule in Fellbach. Dank an die Verwaltung und die handelnden Personen, dass hier schnell reagiert wurde und nun die Komplettsanierung ansteht. Doch auch diese vorgezogenen Investitionsmittel sind entsprechend bei der Kreisumlage zu beachten, denn die Verwaltung wird mit Sicherheit für den Haushalt 2014 nicht den Vorschlag unterbreiten, die Investitionen um 1 Mio Euro zu kürzen und damit die Kreisumlage 2014 zu entlasten, weil eine Maßnahme ins Jahr 2013 vorgezogen wurde. Die Verzögerung des Umzugs des GB Jugend (Unterhalt, Beistandschaften, Vormundschaften) ist dabei mehr als zu verkraften und Backnang hat sich als guter Gastgeber der Schüler der Fröbelschule erwiesen.

Um bei einer anderen Schülergruppe zu bleiben, der der Berufsschüler. Der Kreis investiert richtigerweise unerlässlich in die Berufsschulzentren. Diese stehen mittlerweile mehr als vorbildlich da, einschließlich Sanierungen, Mensa und anderen Einrichtungen. Gerade aber im Berufsschulbereich muss schon hinterfragt werden, warum bei sinkenden Schülerzahlen und steigenden Sachkostenbeiträgen der gleiche Ansatz wie im Vorjahr gewählt wurde. Hier wollen wir für den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss eine entsprechende Aufstellung wie in unserem Antrag formuliert. Der Kreis muss hier über eine Summe von 0,9 Mio Euro entscheiden, die für die Berufsschulen im Verhältnis mehr zur Verfügung gestellt werden sollen als im laufenden Jahr. Die Haltung der FDP/FW-

Fraktion zur Beibehaltung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Hebesatzes ist unter diesen Umständen mehr als nachvollziehbar.

Beim Kreisstraßenbau steht die CDU-Fraktion nicht nur hinter den vorgesehenen Investitionen, sondern auch zum Unterhaltungsaufwand, um das Kreisstraßennetz vor Substanzverlust zu bewahren und noch höhere Kosten in der Zukunft zu verursachen.

Der Klinikneubau in Winnenden ist auf einem guten Weg und wird im Laufe des nächsten Jahres seiner Bestimmung übergeben. Allerdings ist das Klinikdefizit im kommenden Jahr wie prognostiziert am Größten, und soll sich dann in der Zukunft entsprechend abbauen. Gerade zum Klinikdefizit ist aber noch eine Aussage aus dem Aufsichtsrat notwendig, ob sich hier nicht doch noch Verbesserungen für den Kreishaushalt ergeben. Dies sollte auch vor der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss-Sitzung geschehen. Bei den Gesundheitszentren sind wir auf einem richtigen und guten Weg, dies hat sich auch beim Besuch des Regierungspräsidenten in der vergangenen Woche erneut bestätigt.

Zur Klarstellung muss angemerkt werden, weil immer von einer Senkung der Kreisumlage gesprochen wird: auch bei weiterer Absenkung des Kreisumlagehebesatzes unter die von der Verwaltung gewünschte Höhe, ergibt sich eine höhere Kreisumlage als im Jahr 2012, und es lässt sich der Haushalt 2013 gut bewältigen. Eine konkrete Aussage über die Höhe des Hebesatzes kann erst dann gemacht werden, wenn die gewünschten Zahlen unseres Antrags zur Gesamtbeurteilung vorliegen. Die Schulden werden dennoch abgebaut werden können unter den prognostizierten Stand. Zu beachten ist auch hierbei folgender Umstand: beim Schuldenstand sind insgesamt 24 Mio € innere Darlehen ausgewiesen. Diese sind anders zu bewerten als Schulden, die bei einem Kreditinstitut aufgenommen sind. Dies sind 32 % der Schulden des Kreises!

Die Kreisverwaltung legt immer gerne Zahlen vor, um zu verdeutlichen, wie gut es den Gemeinden im Verhältnis zum Kreis geht. Dabei ist aber auch interessant, dass die Kreisumlage in der Zeit von 1995 bis 2011 um ca. 70 % gestiegen ist, dagegen der Verwaltungshaushalt der Gemeinden im selben Zeitraum um lediglich ca. 40 %, obwohl auch die Aufgaben bei den Gemeinden enorm zunehmen. Ein Beispiel hierfür sind die exorbitant gestiegenen Kosten in der Kinderbetreuung. Dieses Beispiel soll eigentlich nur verdeutlichen, dass die Kommunen und der Kreis sich nicht gegenseitig ausspielen sollten, sondern gemeinsam eine Lösung erarbeiten müssen.

Lösungsansätze sind das Schlüsselwort. So ist es schön, dass in diesem Jahr 4 Mitglieder des Bei-

rats Zeltlager Salbengehren Ebnisee die Haushaltsreden halten. Im Jahr 2013 steht da noch nichts an, doch im Jahr 2014 wird auch der Kreis bei der Finanzierung des neuen Sanitärtrakts mithelfen müssen, analog der Unterstützung beim Freizeithaus Mettelberg des Kreisjugendrings.

Ich wünsche in den nun anstehenden Ausschussberatungen gute Diskussionen und zielführende Debatten und bedanke mich bei der konstruktiven Zusammenarbeit mit der Landkreisverwaltung und deren Bemühen, stets die aktuell neuesten Zahlen zur Verfügung zu stellen.“

Kreisrätin Brodersen führt **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste.

Nun ist es wieder soweit. Wenn die Menschen sich allmählich auf das Weihnachtsfest vorbereiten beginnt im Kreistag das Gezerre um die Kreisumlage. Wir Grünen wundern uns jedes Mal wieder aufs Neue. Schließlich ist der Landkreis kein Territorium weit außerhalb der Gemeinden und Städte, sondern seine Angebote, Maßnahmen und Investitionen sind für die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen des Rems-Murr-Kreises. Jeder Euro kommt den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinden direkt oder indirekt zu Gute. Jede Sparmaßnahme trifft nicht Herrn Landrat Fuchs und auch nicht Herrn Geißler, sondern Kinder, Jugendliche oder Erwachsene, die in einer unserer 31 Städte oder Gemeinden leben. Das Landratsamt kann kein Geld drucken – schön wär’s - und die Kostenübernahme durch Andere reicht nicht aus, um alle unsere Pflichten zu erfüllen und unsere Vorstellungen zu finanzieren. Die verbleibende Lücke muss die Kreisumlage füllen, so sieht es das Gesetz vor. Gemeinsam haben wir im Laufe des Jahres notwendige Maßnahmen beschlossen, die es im Jahr 2013 zu finanzieren gilt. Nein, kein Luxus sondern nur dringend erforderliche und nachhaltige Maßnahmen. Das waren z.B.:

- Personalaufstockungen bei der Tagespflege - um bis August 2013 möglichst viele Betreuungsplätze zu schaffen,
- Nachtbusse und Rufautos - um den Anschluss an die Nacht-S-Bahnen zu sichern,
- Straßenreparaturen – die nicht länger aufgeschoben werden können,
- Maßnahmen zum Erhalt unserer Liegenschaften - u.a. auch um mittelfristig Kosten zu sparen,
- Die Gründung eines LEVs - um unsere schöne Landschaft zu erhalten und
- Ein Klimaschutzkonzept, dass uns zum Musterlandkreis machen soll.

Hinzu kommen noch gesetzliche Vorschriften oder die Veränderungen der Bedarfe bei Pflichtaufgaben wie z.B.

- Die Verbesserung im Bereich des Kinderschutzes,
- Ein erhöhter Bedarf bei Jugendhilfemaßnahmen oder
- Zunehmende Ausgaben durch die Aufnahme von mehr Flüchtlingen.

Erstaunlich, viel was da zusammenkommt. Ausgerechnet in diesem Jahr muss auch noch die Spitzenbelastung für das Rems-Murr-Klinikum getragen werden. Ohne die erhöhten Einnahmen durch die erfreuliche Entwicklung der Schlüsselzuweisungen und die zweite Stufe der Kostenerstattung an der Grundsicherung im Alter durch den Bund, wäre der Haushalt ein Fiasko.

Obwohl der Rems-Murr-Kreis in einer der wohlhabendsten Regionen Europas liegt, sind viele Menschen auf unsere Hilfe angewiesen. Wir erbringen soziale Angebote für Menschen mit Behinderungen, für Menschen im Alter und mit Pflegebedarf, für Menschen, die keine Arbeit mehr bekommen und für Menschen, die aus anderen Gründen in Notlagen geraten sind. Die Milliardenkürzungen der Bundesregierung bei den Eingliederungsmaßnahmen und die sogenannte Instrumentenreform haben sich verheerend auf die Beschäftigungsmöglichkeiten arbeitsloser Menschen ausgewirkt. Wir freuen uns, dass sich der Rems-Murr-Kreis an dem Modellprojekt der Landesregierung 'Sozialer Arbeitsmarkt' mit 10 Plätzen beteiligt. Hier sollen durch einen Passiv-Aktiv-Transfer bisherige Geldleistungen für Langzeitarbeitslose in Zuschüsse für Arbeitgeber umgewandelt werden, wenn diese langzeitarbeitslose Menschen einstellen. Somit wird Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanziert. Wir hoffen, dass dieses baden-württembergische Modell Schule macht. Die Anzahl der älteren Menschen nimmt kontinuierlich zu. Erfreulich ist: sie bleiben länger gesund, weniger erfreulich ist: sie sind im Alter oft arm, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben. Spätestens wenn alte Menschen pflegebedürftig werden, sind viele auf staatliche Unterstützung angewiesen. Dieses Problem können wir auf Kreisebene nicht lösen, hier ist eine grundlegend neue Finanz- und Sozialpolitik auf Bundesebene erforderlich. Unsere Möglichkeiten liegen im Wesentlichen in der Gestaltung und Ausrichtung der Hilfeangebote. Diese erfolgen in guter Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Der Geschäftsbereich Soziales, mit Frau Dr. Längle-Sanmartin und Frau Bittinger an der Spitze, leisten hier eine hervorragende Arbeit, die unsere volle Anerkennung hat. Nur durch die Erhöhung der Grundsicherungsentlastung durch den Bund mit voraussichtlich 8,6 Mio. können 2013 die steigenden Kosten im Sozialhaushalt abgefangen und der geplante Nettoaufwand mit 107 Mio. EUR annähernd gleich bleiben.

Das Angebot der Tagespflege ist im Rems-Murr-Kreis vorbildlich. Durch eine erhöhte finanzielle Unterstützung der Tageseltern und der Tageselternvereine hat sich dieses Betreuungsangebot seit 2009 fast verdreifacht. Derzeit werden im Rems-Murr-Kreis 750 Kinder von Tageseltern betreut. Dadurch werden die Kommunen beim Ausbau der Betreuungsplätze erheblich entlastet. Eine Per-

sonalerhöhung für diesen Bereich war längst überfällig. Ende 2011 lag die Betreuungsquote der Unter-Dreijährigen im Rems-Murr-Kreis bei 24,3 %, also bereits 2,1 % höher als der aktuelle Landesdurchschnitt. Über 14% dieser Plätze waren in der Tagespflege. Zwischenzeitlich wurden weitere Betreuungsmöglichkeiten geschaffen, wir sind also auf einem guten Weg. Allerdings ist das Angebot in den Kommunen sehr unterschiedlich. Es ist offen, ob wir ab August 2013 in allen Gemeinden den Rechtsanspruch erfüllen können. Zu hoffen ist, dass hier keine Klagen auf uns zukommen, die sich übrigens gegen den Kreis richten würden und im vorliegenden Haushalt nicht eingeplant sind. Auch die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe steigen kontinuierlich. Einerseits nehmen die Hilfsangebote zu, andererseits müssen wir aber auch für die einzelnen Maßnahmen durch Tarifsteigerungen und zusätzliche therapeutische Dienstleistungen tiefer in die Tasche greifen.

Das vielseitige Freizeitangebot im Rems-Murr-Kreis ist nur durch das Engagement vieler Ehrenamtlicher möglich. Manche Kindheit wird dadurch reicher an Erlebnissen. Dafür herzlichen Dank. Als Beispiel möchte ich die 'Freizeitstätte am Ebnisee e.V.' nennen. Als Beirätin sehe ich das ständige Bemühen, viele Aufgaben aus eigener Kraft zu stemmen. Im Jahr 2013 wird dies noch gelingen. Für den Bau der dringend notwendigen neuen Sanitäreinrichtungen in 2014 ist allerdings ein erheblich höheres Spendenaufkommen erforderlich. Notfalls muss hier der Landkreis unterstützen.

Nach hitzigen Debatten in der Vergangenheit ist es um die Rems-Murr-Kliniken wieder ruhiger geworden. Durch die gute Personalpolitik der Geschäftsführung haben die Kliniken in vielen Bereichen einen sehr hohen medizinischen Standard erreicht. Der eingeschlagene Weg, der medizinischen Schwerpunktbildung mit herausragenden Einzelmerkmalen, trägt Früchte und hat das Image der Kliniken insgesamt verbessert. Weit über die Kreisgrenzen konnten deshalb neue Patientengruppen erschlossen werden. Ausdrücklich erwähnen möchte ich, dass so mancher Chef- und Oberarztposten nur besetzt werden konnte, weil der Neubau außergewöhnliche Perspektiven mit hervorragenden Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Leider ist noch keine Frau auf einer Chefposition. Die Gewinnung von Fachfrauen für die Rems-Murr-Kliniken ist eng verbunden mit familienfreundlicheren Arbeitszeiten und einer zuverlässigen Kinderbetreuung mit angepassten Öffnungszeiten. Mit dem Haus B inklusiv der Kindertagesstätte hat der Kreistag die Weichen richtig gestellt. Wir sind sicher, dass sich dies positiv auf die Personalgewinnung auswirkt. Die Personalentwicklung und Mitarbeitergesundheit, insbesondere die Burnout-Prophylaxe, hat auf dem Papier einen hohen Stellenwert, in der Praxis besteht jedoch noch Handlungsbedarf. Wir Grünen werden diesen Punkt weiterhin kritisch begleiten. Die geplanten Baukosten des Neubaus werden sich nach den derzeitigen Prognosen nicht halten lassen. Verantwortlich dafür sind nicht nur die unvorhergesehenen Schwierigkeiten am Bau(weiße Wanne), sondern auch Mängeln bei der Ausschreibung durch den mittlerweile

gekündigten Projektsteuerer.

Mit den Gesundheitszentren in Schorndorf, Backnang und Winnenden, hat der Kreis einen wichtigen Schritt in die Zukunft der ambulanten medizinischen Versorgung gemacht. Die Vernetzung von niedergelassenen Ärzten und Klinik ist ein wichtiger Baustein für eine starke ambulante Versorgung auf hohem Niveau. Hier hat der Rems-Murr-Kreis rechtzeitig die Zeichen erkannt und gehandelt.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Geschäftsführung der Rems-Murr-Kliniken, die sich sehr engagiert um das Wohl der ihnen anvertrauten Menschen kümmern und so zum Erfolg beitragen.

‘Auf dem Weg zum Klima-Musterknaben’ war die Schlagzeile in der WKZ am 7.Nov.– Balsam für die grüne Seele! Der UVA hat dem Klimaschutzkonzept und ersten Umsetzungsideen einstimmig zugestimmt. Heute wird hier im Kreistag darüber abgestimmt. Deshalb verzichte ich jetzt auf inhaltliche Ausführungen zur Notwendigkeit und den Möglichkeiten. Erstaunlicher Weise sind im vorliegenden Haushalt keine finanziellen Mittel für die beschlossenen Maßnahmen zu finden und so wird das Klimaschutzkonzept trotz großer Zustimmung zu einem zahnlosen Tiger. Wenn wir ernsthaft unsere Ziele erreichen wollen, müssen wir dafür auch die erforderlichen finanziellen Mittel in die Hand nehmen. Bündnis90/Die Grünen beantragen deshalb für den Einstieg in das Klimaschutzkonzept 1 Mio. EUR. Die nächste EU-Förderperiode 2014 - 2020 ermöglicht Gemeinden, Städte und Kreise mehr als bisher die Beantragung von Fördermitteln. Gerade für die Bereiche Klimaschutz und Energie sowie für die Schaffung von Arbeitsplätzen sind erhebliche Mittel vorgesehen. Durch frühzeitige Informationen zu diesen Fördermöglichkeiten können rechtzeitig Projekte entwickelt und Zuschüsse beantragt werden. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen regt an, dass im Januar 2013 eine Veranstaltung für Kreisräte und Vertreter der Kommunen hierzu angeboten wird. Möglicherweise können wir bereits im Haushalt 2014 von diesen EU-Förderungen profitieren.

Vor einem Jahr wurde im Kreistag ein Schuldenabbaukonzept beschlossen. Wir waren uns einig, dass zukünftig kontinuierlich unser Schuldenberg abgebaut werden muss. Bereits im Haushalt 2013 – also ein Jahr später - wurde dieser Beschluss mit Rücksicht auf die Höhe der Kreisumlage im Haushalt nicht umgesetzt. In Anbetracht von 74,9 Mio. EUR Schulden ist ein konsequenter Schuldenabbau von jährlich mindestens 2 Mio. EUR unerlässlich. Im Jahr 2013 werden wir über 2,4 Mio. für Zinsen ausgeben müssen. Das entspricht mehr als 0,5 %-Punkte der Kreisumlage. Deshalb beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die sich aktuell abzeichnenden Verbesserungen im Haushalt (z.B. geringere Umlage Verband Region Stuttgart) für die Tilgung von mind. 2 Mio. der

Schulden und nicht für die Reduzierung der Kreisumlage eingesetzt werden. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass wir die höchste Kreisumlage in Baden-Württemberg haben. Stimmt, das ist eine Tatsache, die wir auch nicht bestreiten wollen. Richtig ist aber auch, dass wir in der Region der flächenmäßig größte Landkreis sind und auch die meisten Straßen haben. Dies wirkt sich zwangsläufig auf die Kosten für den Straßenerhalt, auf die Zahlungen für den ÖPNV und auf die Schülerbeförderungskosten aus. Der geringe Anteil der Industrie wirkt sich zwar positiv bei den CO₂-Werten aus, bringt aber weniger Geld in die Kassen der Kommunen. Andere Landkreise sind durch erforderliche Krankenhausschließungen gezwungen, neue Konzepte zu entwickeln, wir sind hier wesentlich weiter, wir sind schon fast am Ende unseres Projekts. Man sieht, ein objektiver Vergleich der Kreise ist nicht möglich, auch nicht hinsichtlich der Kreisumlage. Die einzige Stellschraube für die Finanzierung des Kreishaushalts ist der Hebesatz für die Kreisumlage. Die Bürgermeister und Oberbürgermeister im Rems-Murr-Kreis haben im Vorfeld der HH-Beratungen sehr engagiert für eine weitere Senkung geworben. Es ist verständlich, dass sie sich für die Interessen ihrer Gemeinden einsetzen. 2012 haben die Kommunen von der Grün-Roten-Landesregierung kräftige Zuweisungen für die Kleinkinderbetreuung bekommen. Insgesamt flossen dafür fast 14,5 Mio. EUR in den Rems-Murr-Kreis. Außerdem wurde sehr schnell für eine deutliche Erhöhung der Mittelzuweisungen für die Schülerbeförderung und für die Schulsozialarbeit gesorgt und damit erheblich zur Entlastung beigetragen. Auch wenn der wirtschaftliche Aufschwung bei uns nicht so deutlich spürbar war wie bei unseren Nachbarlandkreisen, zeigen die Schlagzeilen der letzten Tage, dass es in vielen Kommunen erhebliche finanzielle Verbesserungen gab und dieses Jahr nur wenige Gemeinden Grund zum Jammern haben. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt den Antrag, die Kreisumlage auf 39,25 %-Punkte festzulegen. Damit steht wenigstens eine Million Euro für den Einstieg in das Klimaschutzkonzept zur Verfügung.

Es ist die Aufgabe von uns Kreisrätinnen und Kreisräten, sich für die Interessen des Kreises einzusetzen, für die im Kreis lebenden Bürgerinnen und Bürger sinnvolle und notwendige Angebote zu beschließen, die kreiseigenen Gebäude in einem ordentlichen Zustand zu erhalten und nach und nach den Schuldenberg abzubauen. Ich appelliere besonders an die Oberbürgermeister und Bürgermeister in unserer Runde, dies bei der Abstimmung über den Kreis-Haushalt zu bedenken. Bei nachvollziehbaren Gewissenskonflikten haben sie auch die Möglichkeit, sich der Stimme zu enthalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrat Rathgeb (**Linke**) erklärt:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs, sehr geehrte Damen und Herren,
die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs ist für arme Menschen nicht möglich.
Deswegen fordere ich ein kreisweites Sozialticket und dafür Mittel im Haushalt zur Verfügung zu
stellen.

Begründung:

Mobilität ist ein Menschenrecht und eine zentrale Voraussetzung, um am gesellschaftlichen
Leben teilzunehmen. Jener Personenkreis, der in Armut oder an der Armutsschwelle lebt,
kann sich selbst den subventionierten öffentlichen Nahverkehr nicht leisten. In den Regelsätzen für
Hartz-IV-Empfänger sind die Fahrtkosten 23,54 € (Alleinstehende) enthalten. Ich fordere daher die
Einführung eines Sozialtickets zum Preis von 15 € im Monats-Abo für Erwachsene sowie einen Ra-
batt auf das Vierer-Ticket. Berechtigt ist derjenige, dessen Einkommen unter dem 1,3-fachen Eck-
Regelsatz (487 €) liegt. Gelten soll das Sozialticket für den Landkreis Rems-Murr. Die Erfahrung in
Städten wie beispielsweise Köln zeigen, dass dadurch keine zusätzlichen Kosten für Fahrzeuge
entstehen, sondern das vorhandene Wagenmaterial für eine verstärkte Nutzung ausreicht. Es gibt
das Sozialticket auf kommunaler Ebene in Städten, Gemeinden und Landkreisen in Niedersachsen
und auch in Nordrhein-Westfalen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Auszüge:

4 GB Finanzen

1 Dezernat 1

1 Dezernat 3

1 Dezernat 4

1 Dezernat 5

1 Rems-Murr-Kliniken

1 Kreisbaugesellschaft

1 Abfallwirtschaftsgesellschaft

§ 2

Klimaschutz im Rems-Murr-Kreis

a) Aktueller Sachstand und Fortschreibung des Maßnahmenkatalogs

Drucksachen 2011-50-UVA04.07, 2011-51-UVA04.07., 2012-12-UVA16.04.,
2012-85-UVA05.11.

b) Verabschiedung des kreisweiten Klimaschutzkonzeptes und Vorschläge zu Handlungsschwerpunkten 2012-86-UVA05.11.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Erster Landesbeamter Friedrich erläutert die Drucksachen 2012-85 und 2012-86 einleitend:

„Das Thema Klimaschutz ist für uns ein ziemlich „dickes Brett“ dass Beharrlichkeit und Ausdauer erfordert Deshalb haben wir in den letzten fünf Jahren(seit 2007) viele konkrete Projekte aufgelegt, die auch Wirkung zeigen. Für die einhellige und engagierte Unterstützung des Kreistags möchte ich mich bedanken. Im Wettbewerb der guten Ideen und im Konsens können wir viel erreichen. Mit den beiden Vorlagen wollen wir Sie gerne auf den aktuellen Stand bringen. Es geht zum einen um die Fortschreibung unseres Maßnahmenkatalogs Klimaschutz und zum anderen um Handlungsschwerpunkte für die zukünftige Arbeit.

Die erste Vorlage ist überschrieben mit „Aktueller Sachstand und Fortschreibung des Maßnahmenkatalogs“ zum Klimaschutz. Dieser Maßnahmenkatalog ist unsere Erfolgs- und Leistungsbilanz in Sachen Klimaschutz, die wir regelmäßig seit 2007 erstellen. Bei den 20 aufgeführten Maßnahmen (M 1 – M 20) sehen sie jeweils immer gleich strukturiert das Ziel, Informationen zur bisherigen Umsetzung, einen Ausblick, Angaben zu den Kosten und den Projektverantwortlichen. Fast alle Geschäftsbereich und Beteiligungsgesellschaften im Landratsamt sind daran beteiligt. Wir wollen damit deutlich machen, dass Klimaschutz ganz konkret umgesetzt werden muss und auch umgesetzt werden kann. dass gute und wegweisende Worte beim Klimaschutz nicht ausreichen, sondern dass Klimaschutz in größerer und kleinerer Münze im Alltag unserer Arbeit ganz konkret umgesetzt werden muss und auch umgesetzt werden kann.

Dazu einige Beispiele seit dem letzten Bericht im UVA vom 4. Juli 2011 also vor rund 16 Monaten. Es ist beachtlich, was in dieser Zeit passiert ist.

- Die Biovergärungsanlage in Backnang –Neuschöntal ist seit etwa einem Jahr in Betrieb und

spart rund 8000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Die Freiflächenphotovoltaik-Anlage in Kaisersbach-Lichte ist ein weiteres richtungsweisendes Investitions-Projekte.

- Die Einsparung an CO₂ durch die energetischen Gebäudesanierung ist ebenfalls beachtlich. Bei den verschiedenen Schulzentren sind es rund 78 Tonnen CO₂-Ersparnisse pro Jahr und bei den Kliniken in Schorndorf rund 400 Tonnen pro Jahr. Im neuen Haushalt sind weitere Mittel für die energetische Gebäudesanierung eingestellt.
- Seit Anfang 2012 beziehen alle Verwaltungsgebäude zu niedrigen Kosten 100% Ökostrom. Das gleich gilt auch für die Schulzentren, die AWG und die Rems-Murr-Kliniken .
- Weitere Beispiele sind die Arbeit der Energieagentur Rems-Murr, die Beratung durch den Geschäftsbereich Landwirtschaft und die Unterstützung der Unternehmen und das ECOfit –Projekt.
- Nennen möchte ich auch das Projekt „Stand-by Betrieb von Elektrogeräten“ das an neun Schulen im Kreis fortgeführt wird.

Wir setzen auf die Verbesserung von Radwegen und den Einsatz von Pedelecs als Dienstfahrzeuge. Und last but not least haben wir das Klimaschutzkonzept mit dem Wuppertal Institut abgeschlossen, es dem UVA vorgestellt und in Workshops mit der interessierten Öffentlichkeit (26.06.2012) und unseren Kommunen (27.06.2012) diskutiert.

Dieser Maßnahmenkatalog soll fortgeführt werden und in Zukunft Bestandteil des Controllings für die Umsetzung des kreisweiten Klimaschutzkonzepts sein. Damit komme ich zur zweiten Vorlage (2012-86), der förmlichen Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes und der Handlungsschwerpunkte.

Das Klimaschutzkonzept des Wuppertal Instituts ist eine sehr gute Grundlage für die Weiterarbeit am Klimaschutz in den nächsten Jahren. Das Werk umfasst allerdings sehr vielen Anregungen, Analysen und Projektvorschlägen. Es bedarf daher der Auswahl, Prüfung und Konkretisierung. Wir haben deshalb aus der Fülle von Informationen vier Handlungsschwerpunkte für die Umsetzung im Rems-Murr-Kreis herausgefiltert.

Die Handlungsschwerpunkte für die Jahre 2013 – 2015 sind Folgende:

- a) Nachhaltige Mobilität,
- b) Stromspar-Aktionsprogramm für Bürger,
- c) Klimaschutz in Gebäuden und
- d) Ausbau erneuerbarer Energien im Rems-Murr-Kreis.

1. Handlungsschwerpunkt: Nachhaltige Mobilität:

Dieser Handlungsschwerpunkt ist besonders wichtig, denn rund 37% der CO₂ Emissionen im Landkreis rühren vom Verkehr her. Wie kommen wir hier spürbar weiter? Nach unserer Einschätzung liegt das größte Einsparpotential im Verkehrsbereich darin, kurze Wege mit dem PKW möglichst zu vermeiden. Diese kurze Strecke bis zu 5 km sollten wir wo immer es geht auf Fahrrad, Bus und Bahn verlagern. Außerdem sollten wir kurze Wege zu Fuß gehen

Dieses Ziel können wir durch Projekte unterstützen:

Vorschläge sind das Projekt „Bike and Work“ und die besser Nutzung des ÖPNV. Wir wollen das Mitfahrsystem „flinc“ stärken und eine Kampagne „Null CO₂ auf Kurzstecken“ mit-gestalten. Ein verabschiedetes Klimaschutzkonzept schafft auch gute Voraussetzungen für weitere Fördermittel, die wir bei der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums beantragen wollen. Unser Konzept ist damit gleichzeitig der „Berechtigungsausweis“ für die Beantragung weiterer Fördermittel. Rund 65 Prozent Zuschuss gibt es für die personelle Betreuung von Projekten und die befristete 3-jährige Anstellung eines „Klimamanagers“. Möglich ist auch die Förderung von investiven Maßnahmen, mit denen die Treibhausgase um mindestens 80% reduziert werden. Dies wäre beispielsweise beim Ersatz herkömmlicher Fahrzeuge durch Elektrofahrzeuge der Fall.

Die Verwaltung empfiehlt, bei der Nationalen Klimaschutzinitiative Förderanträge zu stellen und so insbesondere dem Handlungsschwerpunkt „Nachhaltige Mobilität“ den nötigen administrativen Schub zu verleihen. Die Projektskizzen müssen nämlich noch konkretisiert und mit Projektpartnern abgestimmt und anschließend tatsächlich umgesetzt werden. Hierfür bitten wir um Unterstützung.

2. Handlungsschwerpunkt ist ein Stromspar - Aktionsprogramm für Bürger:

Stromeinsparung bringt etwas für das Klima. Jede Kilowattstunde Strom, die gar nicht erst produziert werden muss, spart Kapazitäten in den Kraftwerken und unterstützt damit ganz konkret die Energiewende. Stromsparen bringt aber nicht nur einen positiven Effekt für unser Klima. Stromeinsparungen bringen auch etwas für die regionale Wertschöpfung und für den Geldbeutel unserer Bürger. Auch hier gibt es zahlreiche Projekte, die dieses Ziel unterstützen können. Mögliche Vorbilder sind die „Stromspar-Helfer“ aus dem Projekt des Caritasverbandes mit dem Sozialministerium. Nennen will ich Förderprogramme für den Austausch von Heizungspumpen oder eine Abwrackprämie für alte Kühlgeräte bei sachgerechter Entsorgung.

3. Handlungsschwerpunkt ist Klimaschutz in Gebäuden:

Auch der Wärmebedarf im Gebäudebestand bietet große Einsparmöglichkeiten bei guter regionaler Wertschöpfung. Das Klimaschutzkonzept des Wuppertal Instituts geht aktuell im RMK von einem durchschnittlichen Raumwärmebedarf von 140 kWh pro Quadratmeter aus. Für das Szenario „Klimaschutzmusterlandkreis“ wäre eine Reduzierung auf die Hälfte erforderlich. Wir wollen deshalb die Energieagentur stärken und bei der Sanierung kreiseigener Liegenschaften weiter selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

4. Handlungsschwerpunkt: Ausbau erneuerbarer Energien im Rems-Murr-Kreis:

Positiv ist hier erst einmal zu verzeichnen, dass sich seit dem im Klimaschutzkonzept zugrunde gelegten Bezugsjahr 2008 die installierte Leistung von Photovoltaikanlagen im Rems-Murr-Kreis mehr als verdoppelt hat. Wir wollen aber auch weiter mit Erneuerbaren Energien fossile Energieträger ersetzen. Das ist auch erforderlich, denn wir liegen beim Deckungsanteil durch Erneuerbare Energien immer noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von rund 20%. Möglichkeiten bestehen hier, wenn zum Beispiel beim Einbau neuer Heizungsanlagen verstärkt auf Erneuerbare Energien gesetzt wird. Auch die Planung von Windkraftanlagen und der Erfahrungsaustausch werden vom Landratsamt unterstützt. Ein Klimaschutzbrief regionaler Kreditinstitute könnte neue Finanzierungsmittel bereitstellen.

Die Ergebnisse des Klimaschutzkonzepts zeigen: Wir haben in den letzten Jahren schon viel erreicht. Es bleibt aber auch noch sehr viel zu tun, um ein nachhaltiges CO₂-Emissionsniveau (1-2 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr) auch tatsächlich zu erreichen. Die förmliche Verabschiedung des Klimaschutzkonzepts ist ein wichtiger Zwischenschritt für weitere Förderungen und weitere Projekte. Wir verbinden die Beratung heute mit dem Wunsch, weitere Ressourcen bereit zu stellen, damit aus den Planungen nachweisbare Projekte werden. Im UVA am 05.11.2012 haben das Klimaschutzkonzept und die vorgeschlagenen Handlungsschwerpunkte einstimmige Zustimmung erfahren.

Wir bitten Sie daher heute, den Beschlussvorschlägen in den beiden Vorlagen ebenfalls zuzustimmen und die Ausarbeitung des Klimaschutzkonzepts mit den Ihnen vorgestellten Konkretisierungen zur Grundlage der weiteren Klimaschutzarbeit des Kreises zu machen. Ihre Anregungen und Vorschläge werden wir dabei gerne in die weitere Arbeit intensiv mit einbeziehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrat Jäger nimmt für die **CDU-Fraktion** wie folgt Stellung:

„Ich denke, wir können mit Fug und Recht feststellen, dass die Fragen des Klimaschutzes und Um-

weltschutzes heute in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind. Wir wissen, das war nicht immer so, und den Urvätern unserer Freunde von den Grünen gebührt aufrichtiger Respekt. Sie haben sich vor vielen Jahren, entstanden aus der Antiatomkraftbewegung, um den Beginn eines Umdenkens verdient gemacht. Klimaschutz war klar als grünes Thema besetzt.

Heute, wie gesagt, ist die Bedeutung von Klima- und Umweltschutz nicht mehr alleiniges Thema der Grünen – sondern es zieht sich quer durch alle Parteien und Fraktionen. Wir werden dies gleich eindrucksvoll bestätigt finden, wenn eine Fraktion nach der anderen unisono die Wichtigkeit des Klimaschutzes betonen wird.

Dabei kommt es aber weniger darauf an, wer wann was als erster gefordert oder erfunden hat, sondern darauf, dass sinnvolle Maßnahmen ergriffen werden um möglichst effiziente und nachhaltige Ergebnisse zu erzielen. Hierbei spielt das vorliegende Klimaschutzkonzept mit dem daraus entwickelten Paket aus verschiedenen denkbaren Maßnahmen eine wichtige Rolle. Die CDU-Kreistagsfraktion begrüßt darum dieses Konzept als Wegweiser auch für künftige Entscheidungen.

Dabei müssen wir aber bedenken, dass auch der Umstieg auf erneuerbare Energien für uns alle mit einem Lernprozess verbunden ist. Als Beispiel sei der Artikel der Samstagsausgabe der Stuttgarter Zeitung über die neuen Biokraftstoffe erwähnt, die offensichtlich nicht so klimaschonend sind, wie angenommen. Auch wissen wir heute, dass die Geothermie eben doch nicht so sicher ist. Inzwischen wissen wir alle um die Risiken die damit verbunden sind nicht nur im Breisgau sondern auch bei uns im Landkreis, wo beispielsweise die Gefahren zu Tage treten die damit umher gehen.

Wir lernen also ständig dazu, und dies muss letztlich auch in unseren künftigen Entscheidung einfließen. Das vorliegende Klimaschutzkonzept und der darin enthaltene Maßnahmenkatalog sind damit nicht mehr als eine aktuelle Momentaufnahme – eine laufende Fortschreibung unter ständiger Berücksichtigung neuer Erkenntnisse wird unabdingbar sein.

Die CDU-Kreistagsfraktion ist bereit anzuerkennen, dass für diese Fortschreibung ein Kümmerer hilfreich sein würde. Dabei spielt es für uns keine Rolle, welchen Namen dieser Kümmerer trägt. Sollte die Stelle eines Klimaschutzmanagers zwingend notwendig sein, um gegebenenfalls an weitere Fördermöglichkeiten zu kommen, möchten wir uns davor nicht verschließen. Man darf aber schon die Frage aufwerfen, ob zusätzlich ein Klimamanager, neben einer Klimaschutzbeauftragten, 126.000 EUR für ein Konzept das aufgestellt und eine Studie die erstellt wird, einer Energieagentur die gestärkt werden soll, notwendig ist. Insoweit vertrauen wir auch auf die Äußerung der Land-

kreisverwaltung Im Hinblick auf die Tatsache, dass wir unser Klima aber alleine mit dem Schaffen neuer Personalstellen nicht werden retten können, begrüßen und vertrauen wir auf die Zusage der Landkreisverwaltung, personelle und organisatorische Fragen unter Berücksichtigung der bestehenden Strukturen angehen zu wollen.

Wichtig ist, dass der Landkreis sich zum Thema Klimaschutz vorerst der Aufgabenbereiche annimmt, für die er auch zuständig ist. Da gehört unserer Meinung nach nicht zwingend dazu, dass möglicherweise aus Steuergeldern den Umtausch von Heizungspumpen bei Hauseigentümern zu subventionieren – oder dies personell, und damit ebenfalls kostenrelevant, abzuwickeln. Derartige Aktionen, wären – wenn überhaupt – sicherlich bei der Energieagentur besser untergebracht. Auch bei der Erstellung weiterer Druckerzeugnisse und Broschüren bitten wir um Mäßigung. Bereits heute werden Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger von Informationen und Vorschlägen zur Einsparung von CO₂-Emissionen regelrecht überflutet. Die umweltfreundlichste Broschüre ist die, die in Anbetracht bereits existierender Alternativen oder mangelndem Bedarf gar nicht erst gedruckt wird.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat bereits mehrfach deutlich gemacht, und möchte das auch heute nochmals betonen, dass die oberste Priorität bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen bei den kreiseigenen Liegenschaften liegen muss. Hier sind wir bereits auf einem guten Weg, den wir in den nächsten Jahren Zug um Zug im Rahmen unserer finanziellen Leistungskraft konsequent weitergehen müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben gerade Haushaltsberatungen. Auf der einen Seite appellieren wir an den Schuldenabbau auf der anderen Seite wird von seitens der Fraktion der Grünen eine Art Blankoscheck über eine Mio. EUR für die Landkreisverwaltung für das Klimaschutzkonzept beantragt. Das halte ich für sehr mutig. So wichtig uns allen Klimaschutz ist, dürfen wir bei aller Begeisterung für das vorliegende Konzept die finanzielle Machbarkeit und unsere finanzielle Verantwortung nicht aus den Augen verlieren. Jeder Euro, den wir in die Hand nehmen, fehlt unseren Städten und Gemeinden. Und auch dort besteht beispielsweise betreffend die energetische Sanierung kommunaler Einrichtungen ein erheblicher Investitionsstau.

Lassen Sie es mich ein wenig provokativ ausdrücken: Wenn umlagefinanzierter Papier- und Personalaktionismus auf Landkreisseite dazu führt, dass dringend anstehende Sanierungen in Gemeinden wegen fehlender Investitionsmittel nicht durchgeführt werden können, ist dies im Hinblick auf den Klimaschutz kontraproduktiv.

Vielleicht könnten wir ja einmal darüber nachdenken, einen Klimaschutznachlass auf die Kreisumlage einzuführen. So könnte man kreisangehörigen Städten und Gemeinden anbieten, dass der Landkreis auf z.B. 0,5 % oder auch 0,2% Kreisumlage verzichtet, wenn mindestens der entsprechende Betrag in der jeweiligen Gemeinde in Klimaschutzmaßnahmen investiert wird. Das könnte ein höchst effizienter Beitrag zum Klimaschutz und zur Wirtschaftsförderung sein.

Abschließend kurz zusammengefasst:

Die CDU-Kreistagsfraktion trägt das Klimaschutzkonzept und die vorliegenden Vorschläge der Kreisverwaltung grundsätzlich mit, möchte die Zustimmung jedoch nicht als Blankoscheck für z.B. die Schaffung von zusätzlichen Personalstellen verstanden wissen. Konkrete haushaltswirksame Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der zu gegebener Zeit notwendigen Einzelbeschlussfassung in den jeweils zuständigen Gremien.

Kreisrat Riedel erklärt für die **SPD-Fraktion**:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs, sehr geehrter Herr Friedrich,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

wenn wir heute gemeinsam ein kreisweites, integriertes Klimaschutzkonzept und Handlungsschwerpunkte für den Rems-Murr-Kreis verabschieden, so ist dies ein großer Schritt für eine Energiewende angesichts des Klimawandels. Besonders die Tatsache, dass wir dies gemeinsam über alle Fraktionen hinweg beschließen, ist von großer Bedeutung. Mit der Mitgliedschaft im „Klimabündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern zum Erhalt der Erdatmosphäre e.V.“ sind der Landkreis und seine Kommunen eine Verpflichtung eingegangen. Dieser Verpflichtung wollen wir nun konkrete Maßnahmen folgen lassen. Ziel dieser Maßnahmen ist, den CO₂ – Ausstoß im Rems-Murr-Kreis alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Das wird möglich durch den konsequenten Ausbau der regenerativen Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz. Für die SPD-Fraktion hat Priorität, dass wir die Bürgerinnen und Bürger in diesem Prozess mitnehmen, ihre Einwände und Ängste ernst nehmen und durch Aufklärung und Information eine breite öffentliche Akzeptanz schaffen. Dann können wir die Menschen für die Energiewende und für den Abbau unserer gemeinsam produzierten CO₂-Emissionen gewinnen. Ja, ich möchte sogar sagen: nur so kann es uns gelingen. Dazu wird gehören, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen und ihren Stadtwerken konkrete Energiesparmodelle gemeinsam umsetzen. Die Nachhaltigkeit unseres Handelns darf sich nicht mehr in erster Linie an ökonomischen, sondern muss

sich vermehrt auch an ökologischen und sozialen Indikatoren messen lassen.

Nachdem belegt ist, dass der Verkehr in unserem Landkreis der größte und schlimmste CO₂ Emittent ist, gilt es hier, kurzfristig mit weiteren Maßnahmen anzusetzen. Dazu braucht es ein integriertes ÖPNV-System gemeinsam mit Land, Region, VVS, Kreis, Kommunen und privaten Busunternehmen. Wir werden dafür eintreten, dass das energetische Sanierungsprogramm in den kreiseigenen Immobilien mit noch größerem Einsatz fortgesetzt wird. Weiter wird der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung den Landkreis unabhängiger von fossilen Brennstoffen machen. Ich bin sicher, dass wir in den nächsten zehn Jahren weitere Windräder in unserem Landkreis bestaunen können. Windräder – mit Augenmaß positioniert - werden weder zur Landschaftverschandelung noch zur Verlärmung von Freizeiträumen führen. Ganz im Gegenteil, sie werden zu einem wichtigen Teil eines dezentralen, verbrauchernahen Energiekonzepts und sie werden zu Landmarken in unserer wunderschönen Landschaft emporwachsen. Gleichwohl müssen Ängste, Bedenken und Gegenargumente ernst genommen und gehört werden. Die sachliche und fachliche Auseinandersetzung hat hier Vorrang vor emotionalen Positionierungen. Alle Maßnahmen zusammengenommen werden positive regionale Wertschöpfungseffekte möglich machen. Im „Masterplan Klimaschutz 2024“ wird eine kumulierte regionale Wertschöpfung von rund 1.123 Millionen Euro bis 2025 für machbar gehalten.

Meine Damen und Herren, diese Chance müssen wir für Gewerbe, Handel und Industrie, also für die gesamte Wirtschaft in unserem Landkreis und seine Menschen nutzen. Die SPD-Fraktion ist auch offen für Überlegungen, wie diese Maßnahmen und das gesamte Programm organisiert werden können. Die Chance, mit hohen Zuschussmitteln für drei Jahre eine koordinierende und vorantreibende Kraft zu bekommen, muss gründlich geprüft werden. Die SPD-Fraktion ist bereit, das Klimaschutzkonzept und den Maßnahmenkatalog politisch nun endlich auf den Weg zu bringen.

Kreisrat Hofer legt für die **FDP-FW-Fraktion** dar:

Sehr geehrter Herr Landrat,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

wir verabschieden heute mit großem Konsens das vorliegende Klimaschutzkonzept. An dieser Stelle möchte ich gerne den verstorbenen Kreisrat, Herrn Dr. Werner Barth würdigen, der dieses Kon-

zept in maßgeblicher Weise initiiert hat. Nun gilt es für alle Beteiligten, engagiert an die Umsetzung heranzugehen, denn wir wollen nicht nur Glanzpapier oder schöne Worte, sondern wir wollen Greifbares, Messbares. Was die Handlungsschwerpunkte anbelangt, so gibt es auch hier auch eine große Übereinstimmung. Es sind dies die Themen Mobilität, Strom sparen, Klimaschutz in Gebäuden sowie der Ausbau erneuerbaren Energien. Landauf, landab sind das die Themen. Die Erstellung des Klimaschutzkonzepts ist eine lohnende Arbeit. Dazu gibt es auch keine Alternative, denn selbst diejenigen, die der Meinung sind, dass in Deutschland vielleicht etwas überhastet an die Energiewende herangegangen wird, wissen, der "point of no return" ist vorbei. Man kann gar nicht anders, man muss jetzt in diese Richtung zwangsläufig gehen. Wir wissen aber auch, dass wir nun nicht in eine Welt, der satten Renditen und der unerschöpflichen und vor allem furchtbar billigen Energien eintreten werden, in der nun überall zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Das mag sich im Laufe der Zeit teilweise einstellen, aber zumindest am Anfang ist es mit Verzicht, Einschränkung, Opfern und sicherlich mit einigen Kosten verbunden. Das ist die Kehrseite, die ein solches großen Projektes mit sich bringt. Diese Kehrseite kann man nicht wegdiskutieren, man muss sie akzeptieren. Alles andere wäre auch unredlich. Meines Erachtens, das hat sich auch bereits im Umweltausschuss herausgestellt, gibt es auch eine soziale Komponente. So lassen sich die Bürger immer stärker in solche Haushalte, die finanziell besser gestellt sind und dadurch agieren können, und in die eher einkommensschwachen Haushalte, die nur noch reagieren können, einteilen. Diese einkommensschwachen Haushalte sind zahlreicher als wir denken. Es freut mich sehr, dass man im vorgelegten Konzept gerade für diese Haushalte Beratung und dadurch auch Einsparhilfen, vielleicht in Kooperation mit der Energieagentur, vorsieht. Dies ist ein Thema, das wir nicht vernachlässigen dürfen. Insgesamt sind aber die erneuerbaren Energien mit Kosten verbunden. Wer trägt die Kosten? Wie wird das gemacht? Alternative Energien betreffen jedermann, nicht nur die besser gestellten Haushalte. Ich darf ein überspitztes Beispiel machen: Die 8-%-Rendite, die uns so jetzt auch neuerdings wieder mit einem bunten Prospekt für Windräder ins Haus flattert, entspricht ziemlich genau der Strompreiserhöhung in diesem Jahr. Man muss aufpassen, dass dabei die Schwächeren nicht auf der Strecke bleiben. Es nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Akzeptanz für unsere Arbeit für das Klimaschutzprojekt.

Letzte Anmerkung zu den Kosten und Finanzierung: In der Zeitung war zu lesen, Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Wenn man in den Haushalt reinschaut, könnte man sagen, es gibt keinen einzigen Ansatzpunkt, für den weitere Mittel angesetzt sind. Das Bestehende wird fortgeschrieben und dies das ist das Denken vom Nulltarif. Wir wissen alle, dass wir einen guten Status Quo haben, aber wir wollen es nicht dabei belassen. Wenn ich vorher die Ansprachen und Reden gehört habe, dann sagen alle, wir müssen mehr tun. Das Klimaschutzkonzept betont ausdrücklich, dass mehr

getan werden muss als bisher. Wer das bestreitet, hat es nicht richtig gelesen. Wir wollen nicht nur das Status-Quo-Szenario, sondern wir wollen Musterlandkreis werden. Wenn man das und gleichzeitig mehr für den ÖPNV tut oder Radwege ausbauen möchte, dann ist es mit Kosten verbunden. Wo steht dies im Haushalt? Ebenso ist es, wenn wir Fördermittel von der Europäischen Union beantragen. Dies setzt immer voraus, dass wir begleitend eigene Mittel bereitstellen. Diese Kosten können aber nicht nun mit einem beliebigen Betrag, eine Art Blankoscheck, im Haushalt verankert werden. Wenn wir das machen, dann desavouieren wir den Klimaschutz. Man muss genau definieren, für was die Mittel bereitgestellt werden sollen. Entscheidend ist, dass man sich auch finanzielle Spielräume für die Jahre 2014, 2015 und 2016 hält, um Begonnenes fortsetzen zu können. Gerade auch bei der Hebesatzdiskussion sollte man diesen Aspekt im Auge behalten. Hier ist anzumerken, dass derzeit eine ganze Reihe von Gemeinden satte zweistellige Mehreinnahmen haben. Alle haben nicht gewusst, dass sich die Finanzen so gut entwickelt würden. Da kann man ihnen keinen Vorwurf machen. Was machen die Gemeinden? Sie versuchen alle die Schulden abzubauen. Sie nehmen nicht die Grundsteuer zurück, die sie in Erwartung an schlechte Zeiten angehoben haben. Sie setzen auch nicht die Gewerbesteuer herab, sondern sie machen es richtig. In Anbetracht dessen, dass die Zeiten 2014, 2015, 2016 wieder schlechter werden, lassen sich die Gemeinden Spielraum. Es ist meine Bitte, dass auch sie das bei ihrer Entscheidung berücksichtigen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht nur schön reden, sondern auch die harte Konsequenz der Finanzierung beim Klimaschutz folgen lassen. Ansonsten wäre es schade um unsere Arbeit. Sie soll doch Spaß machen, das wünsche ich Ihnen und uns allen.

Kreisrat Ulrich führt für die **Fraktion der Freien Wähler** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste,

eine interfraktionelle Arbeitsgruppe hat sich auf den Weg gemacht und intensiv über die Vorschläge des Wuppertaler-Instituts beratschlagt. Das nun vorliegende Klimaschutzkonzept des Rems-Murr-Kreises und ein umfassender Maßnahmenkatalog sind gute Grundlagen für die jetzt vor uns liegende Arbeit. Mein Dank geht an alle die daran mitgearbeitet haben, es hat viel Spaß gemacht.

Das Gutachten kommt zu dem für uns allerdings nicht überraschenden Ergebnis, dass wir noch erhebliche Potenziale im Bereich des Klimaschutzes haben und, dass wir noch einen sehr großen

Nachholbedarf im Bereich der erneuerbaren Energien haben. Außerdem wird festgestellt, dass der Rems-Murr-Kreis eine viele zu starke Ausrichtung auf den Motorenindividualverkehr hat.

Ich denke, diese Fakten sind uns bereits bekannt gewesen- dazu hätte es wahrscheinlich kein Gutachten gebraucht. Aber - und dass stimmt uns positiv – wir sind uns fraktionsübergreifend in der Analyse und bei den Handlungs- und Maßnahmenfeldern einig. Jetzt gilt es Schritt für Schritt weiterzukommen und praktische Umsetzungsarbeit zu betreiben.

Beispielhaft darf ich nennen:

Bei der Photovoltaik gibt es noch genügend Potenziale, obwohl bei den Bürgern und den Kommunen schon Vieles passiert ist und auch der Landkreis erfolgreich tätig war. Die Aussage, die erneuerbaren Energien und v.a. die Photovoltaik wären allein für die Strompreiserhöhungen verantwortlich, halte ich für völlig überzogen und einseitig dargestellt. Man könnte auch genauso sagen, dass die großen Netzbetreiber den Aufbau der Netze und den Ausbau der erneuerbaren Energien verschlafen haben.

Das Thema Windenergie treibt uns alle um. Die Windenergie kann bei der Energiewende einen großen Beitrag leisten. Sie hat hohe Potenziale, braucht allerdings viel Akzeptanz bei den Menschen in der Bevölkerung und Fürsprecher. In Schorndorf und Winterbach haben wir ein vorbildliches Bürgerbeteiligungsverfahren mit guten Ergebnissen betrieben. Von den fünf diskutierten Windkraftstandorten, hatten vier Standorte die hohe Akzeptanz von 80-90% der Teilnehmer. Ich kann das nur allen Kommunen empfehlen.

Im Bereich Windenergie hat der Rems-Murr-Kreis allerdings eine Schlüsselfunktion inne und zwar bei den Genehmigungsverfahren. Die Landespolitik hat mit der Windenergie einen politischen Schwerpunkt gesetzt. Die Regionalpläne werden derzeit geändert und im Interesse der Windkraftstandorte fortgeschrieben. Nach unserem Rechtsverständnis haben die Unteren Verwaltungsbehörden dies auch zu akzeptieren und sie müssen diese Entwicklung auch positiv begleiten und umzusetzen. Ich spreche deshalb ganz deutlich die Änderungsverfahren bei den Landschaftsschutzgebieten für die Windkraftstandorte an. Es nützt nichts wenn die Regionalpläne geändert die Landschaftsschutzgebiete jedoch nicht geöffnet werden. Diese Verfahren hätten schon lange eingeleitet, oder abgeschlossen sein müssen. So steht´s im Windenergieatlas eindeutig drin. Man kann mit diesen Änderungsverfahren jetzt nicht mehr länger zuwarten, da sonst die große Gefahr besteht, dass durch die Hintertür Investoren, Gemeinde- und Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften ausgebremst werden.

Deshalb ergeht unsere dringende Bitte an den Landkreis, hier in diesem Bereich jetzt und gemeinsam mit uns weiter zu arbeiten.

Ein weiteres Beispiel ist die Gebäudesanierung. Sie läuft mit jährlich zwei, eher drei Millionen Euro planmäßig und gut ab. Dennoch gibt es noch viele einen Sanierungsrückstand beim Landkreis.. Sanierungsrückstände gibt es aber nicht nur im Schwäbischen Wald oder sondern auch bei den Kommunen. Wir müssen uns im Kreistag darüber unterhalten, ob die Mittel für diese wichtige Aufgabe weiterhin aufgebracht werden können, oder ob diese möglicherweise sogar erhöht werden müssen. Wir sind hierzu Gesprächsbereit.

Die Energieagentur des Landkreises arbeitet sehr gut, sie ist ein unverzichtbarer Partner beim Klimaschutz. Sie arbeitet gut im Verbund mit allen anderen Akteuren und sie nimmt auch die Kommunen als Akteure mit.

Zu den im Klimagutachten genannten, weiteren Schwerpunkten können wir heute unsere Zustimmung signalisieren. Wir stehen den Anforderungen des Klimaschutzes offen und aufgeschlossen gegenüber, auch wenn wir wissen, dass es letztendlich auch auf die Finanzierung ankommt. Am politischen Willen mangelt es unserer Fraktion jedenfalls nicht. Dies hat sich auch bei der Photovoltaikanlage Lichte gezeigt. Dieser politische Wille ist aber auch in den anderen Fraktionen stark ausgeprägt.

Wir beantragen und wünschen uns, jetzt in die praktische Umsetzung zu gehen. Dabei ist uns aber wichtig, dass wir dies ohne neues zusätzliches Personal beginnen. Im Gutachten sind viele Maßnahmen genannt, die man angehen könnte - der Maßnahmenkatalog Klimaschutz ist lang genug.

Wir wenden uns aber heute frühzeitig gegen Festlegungen auf neues Personal in der Landkreisverwaltung. Wir meinen, dass man zunächst diejenigen Möglichkeiten umsetzen sollte, die personalneutral machbar sind. Personal für den Klimaschutz ist in ausreichendem Maße vorhanden, z. B. beim Baurechtsamt, bei der Geschäftsstelle Klimaschutz, im Umweltschutzamt, bei der Kreisbaugesellschaft und bei der Energieagentur. Einen Energiemanager gibt es eigentlich schon. Wir glauben nicht, dass es Sinn macht, in der Landkreisverwaltung noch mehr Personal und Schnittstellen einzurichten: Damit würde man nicht schneller und nicht effizienter weiterkommen. Siehe Abfallwirtschaft, wo über einen Abbau und Rückbau der bestehenden Strukturen und Schnittstellen nachgedacht wird.

Die Fraktion der Freien Wähler unterstützt die personalneutrale Umsetzung des Klimaschutzgutachtens und der dort genannten Maßnahmen. Lassen sie uns gemeinsam den Weg weitergehen, wobei jeder wissen muss, dass eventuell auch Einschränkungen auf uns zukommen können.

Kreisrätin Dr. Fleischer äußert sich für die **Fraktion Bündnis 90/Grüne** wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind uns hier im Kreistag alle darüber einig, dass wir uns für den Klimaschutz einsetzen werden und den Musterlandkreis als Ziel anstreben. Wenn wir so weitermachen wie bisher und keine neuen Maßnahmen in Angriff nehmen, bleiben wir nach den Aussagen des vorliegenden Klimaschutzkonzepts im Standard-Szenario stehen. Wollen wir aber den Musterlandkreis, bedeutet dies die Annahme einer kontinuierlichen Weiterführung und Intensivierung der lokalen Klimaschutzanstrengungen, entsprechend dem vorliegenden Klimaschutzkonzept. Kontinuierliche Weiterführung heißt, wir investieren wie bisher in den Klimaschutz und führen die bisher geplanten Maßnahmen unverändert weiter. Dadurch werden wir quasi automatisch auch schon eine Verringerung der CO₂-Emissionen pro Einwohner erreichen. Aber es ist unabdingbar, dass wir unsere Klimaschutzanstrengungen intensivieren, um letztendlich mustergültig zu werden! Das heißt, wir sind der Meinung wir haben den Musterlandkreis noch nicht erreicht haben. Wir müssen über die sowieso schon laufenden Maßnahmen hinaus aktiv werden. Hier gibt es eine Fülle von Maßnahmen, die zur Verfügung stehen. Das Klimaschutzkonzept ist umfangreich und bietet zahlreiche Möglichkeiten, die sowohl für die Städte und Gemeinden, die Firmen, die Bürgerinnen und Bürger sowie für den Landkreis in Frage kommen.

Vier Beispiele möchte ich exemplarisch nennen:

1. die Siedlungsplanung, in der die Kommunen ihre Innenentwicklung fördern und die Außenentwicklung verhindern. Dadurch werden die Wege für die Bürgerinnen und Bürger kürzer und sie steigen vom Auto eher auf das Fahrrad um oder laufen zu Fuß. Das Thema kurze Wege nicht mit dem Auto zu fahren sondern lieber andere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen ist sehr aktuell.
2. eine Maßnahme für die Kreisverwaltung: Der Kreis schafft durch eine Umstrukturierung in der Verwaltung eine Ombudsstelle, um bei genehmigungsrechtlichen Fragen, die im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen entstehen könnten, schneller und besser handeln zu können. Hier

ist bereits angesprochen worden, dass Fachpersonal in der Verwaltung vorhanden ist. Das heißt, durch entsprechende Umorganisation kann diese Anlaufstelle geschaffen werden, ohne neues Personal einstellen zu müssen.

3. Energiespar-Contracting. Hier hatten wir in den Berufsschulen Waiblingen bereits vor Jahren ein Projekt auf den Weg gebracht.
4. konsequente umweltfreundliche Beschaffung von Geräten wie Druckern und Rechnern oder Fahrzeugen in der Verwaltung.

Ohne aber Geld für weiterreichende Maßnahmen zur Verfügung zu haben, werden wir nie zum Musterlandkreis werden können und unser Klimaschutzkonzept wird - wie eben Frau Brodersen bereits erwähnte - nur ein zahnloser Tiger bleiben.

Deshalb beantragen wir, für Maßnahmen des Klimaschutzes zusätzlich zu den für die energetische Gebäudesanierung bereits eingestellten Mitteln noch 1 Millionen Euro im Haushalt 2013 einzustellen. Ohne diese zur Verfügung stehenden Mittel haben wir in 2013 keinerlei Handlungsspielraum, um nach und nach Maßnahmen unseres Klimaschutzkonzeptes umzusetzen.

Dazu gehört eben auch die Fördermittel in Anspruch zu nehmen und den Eigenanteil von 20% bzw. 25% aufbringen zu können. Denn ohne Eigenbeteiligung ist auch keine Förderung möglich. Beispiele für die Umsetzung der beantragten Mittel könnten sein:

- den seit langem überfälligen Stau der energetischen Sanierungsmaßnahmen bei den kreiseigenen Liegenschaften beschleunigt abuarbeiten
- wenn es erforderlich ist, die Stelle eines Klimamanagers bzw. einer Klimamanagerin für den Rems-Murr-Kreis einzurichten
- Fahrradwege auszubauen und zu vernetzen, um den Umstieg auf das Fahrrad zu erleichtern
- weitere Verbesserungen im ÖPNV
- Schulungen für Hausmeister der kommunalen Liegenschaften
- Schulungen für Langzeitarbeitslose anzubieten, die als "Energie-Einsparberater" für einkommensschwache Haushalte tätig werden können, um dadurch das nötige Know-how an einkommensschwache Haushalte weitergeben zu können

Wir haben gehört, dass sowohl die Stadt Waiblingen wie auch die Gemeinde Winterbach das Thema Windräder umsetzen möchten. Hier gilt es, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürger das Thema anzugehen und nicht nur die negativen Seiten voran zu stellen. Insgesamt gibt es viele

Möglichkeiten und einen noch größeren Handlungsbedarf, dem wir uns nicht entziehen dürfen. Die energiewende ist unsere Zukunft. Deshalb wollen wir von Bündnis 90/Die Grünen, dass im Rems-Murr-Kreis nicht nur viel vom Klimaschutz geredet und unser aller guter Wille bekundet wird, sondern wir wollen effektiv etwas für den Klimaschutz tun, indem zusätzlich 1 Mio. Euro im Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Besonders bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei Frau Clausen, ohne deren Einsatz wir sicherlich nicht so weit gekommen wären.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Der aktualisierte Maßnahmenkatalog Klimaschutz mit der bisherigen Umsetzung von Maßnahmen und dem Ausblick 2013/2014 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Maßnahmenkatalog Klimaschutz als zentrales Instrument der regelmäßigen Berichterstattung und des Controllings der weiteren Klimaschutzarbeit im Rahmen der Umsetzung des kreisweiten, integrierten Klimaschutzkonzeptes fortzuführen.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Das kreisweite Klimaschutzkonzept des Wuppertal Instituts wird als Grundlage für die weitere Klimaschutzarbeit des Landkreises angenommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die dargestellten vier Handlungsschwerpunkte zur Umsetzung des kreisweiten Klimaschutzkonzeptes weiter zu verfolgen. Mögliche Kooperationspartner sollen gewonnen und Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zur Projektfinanzierung geprüft und genutzt werden.

Auszüge:

1 Dezernat 4

2 GB Umweltschutz

1 RMIM



§ 3

Verschiedenes

Unter dem „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert